

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,50 Reichsmark, vierteljährlich 7,50 Reichsmark, halbjährlich 13,50 Reichsmark, jährlich 25 Reichsmark, für das Ausland 30 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Gedanken und Meinungen' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und 'Freizeitblätter' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 22. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Zollkompromiß abgeschlossen!

Mindestzölle für Vieh und Fleisch. — Roggen 3 Mark, Weizen 3,50 Mark. Ein sozialdemokratischer Gegenantrag.

Gestern abend gegen 9 Uhr wurden die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Regierungsparteien über die Zollvorlage mit einem Kompromiß abgeschlossen, das sich in der Linie des bereits gestern von uns mitgeteilten Vorschlages bewegt.

Diese Regelung ist für zwei Jahre gedacht. Die Mindestzölle auf Vieh und Fleisch werden in der Höhe der Vorkriegssätze festgelegt. Das Zentrum ist also unter dem Druck seiner Interessenten in die Agrarierfront eingeschwenkt und hat den Schutzplänen der Regierung grundsätzliche Zustimmung gegeben.

Das Zollkompromiß ist gestern zwischen den Regierungsparteien zustande gekommen. Noch in den letzten Stunden hatten die Interessenten eine lebhafte Kampagne für die Agrarzölle entfaltet, vor der das Zentrum zurückgewichen ist.

Am Gegenjah zu allen bürgerlichen Parteien, die bisher entweder im Fahrwasser des Landbundes schwammen oder doch nur schwächliche und nicht genügend aufbauende Kritik an der Vorlage übten, hat die Sozialdemokratie in einem großen Antrag die Wege aufgezeigt, wie der Landwirtschaft ohne Hochschußzölle zu helfen ist.

Die Sozialdemokratie hat mit diesem Programm den Beweis geliefert, daß sie an einer positiven Gestaltung und an der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion den regsten Anteil nimmt.

den in ihrem eigenen Lager keinen leichten Stand haben. In keinem Falle haben sie mit ihrer Zustimmung zum Zollkompromiß ihren Kredit bei der industriellen Arbeiterschaft vermehrt.

Das Spiel der bürgerlichen Rechtsparteien ist abgekartet, aber noch nicht ausgespielt. In wichtigen Demonstrationen wird die breite Masse der arbeitnehmenden Bevölkerung Deutschlands am Freitag den entschlossenen Willen kundtun, sich gegen die Interessenpolitik des Rechtsblocks, gegen Brotwucher und Arbeitslosigkeit zur Wehr zu setzen.

Produktionsförderung statt Brotwucher! Ein Antrag der Sozialdemokratie im Reichstag.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag, und zwar zunächst im zollpolitischen Ausschuß, folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, in Form eines Gesetzentwurfes ein umfassendes Programm für die Hebung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion dem Reichstag alsbald vorzulegen.

Bei sämtlichen industriellen Zöllen, die eine direkte oder indirekte Verteuerung landwirtschaftlicher Produktionsmittel bedeuten, muß entweder sofortige Beseitigung oder ein so wirksamer Abbau vorgehen werden, daß eine Entlastung der landwirtschaftlichen Produktion von diesem besonderen Druck binnen kurzer Zeit in Aussicht steht.

Heraus zum Protest!

Freitag, den 24. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lustgarten. Aufmarschplan:

Der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das Ortskartell Berlin des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und der Ortsausschuß Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben für die Protestkundgebung im Lustgarten folgenden Aufmarschplan festgelegt:

- Alle Arbeiter und Angestellten der Groß-Berliner Betriebe begeben sich sofort nach Betriebschluß auf dem kürzesten Weg zum Lustgarten. Straßen und Plätze, die im Bereiche der Dammallee liegen, dürfen nicht berührt werden. Betriebe, die aus dem Nordwesten kommen, treffen sich am Oranienburger Tor und marschieren von dort die Oranienburger Straße, Ronbilsowplatz, Burgstraße, Kaiser-Friedrich-Brücke, Westen: Invalidenstrasse, Oranienburger Tor, Oranienburger Straße, Ronbilsowplatz, Burgstraße, Kaiser-Friedrich-Brücke, Norden und Weihensee: Hackescher Markt, Spandauer Brücke, Rosenstraße, Kaiser-Wilhelm-Brücke, Osten: Blumenstraße, Schillerstraße, Stralauer Straße, Mühlendamm, Breite Straße, Schloßfreiheit, Süden: Lindenstraße, Spittelmarkt, Schloßfreiheit, Südosten: Kottbusser Tor, Oranienbrücke, Dresdener Straße, Rohrbücke, Breite Straße, Schloßfreiheit.

- Alle Werktätigen, die nicht von den Betrieben zum Lustgarten gehen, treffen sich an folgenden Sammelplätzen: 1. Kreis Mitte: 5 Uhr Bülowplatz, 2. Kreis Tiergarten: 4 1/2 Uhr Kleiner Tiergarten, 3. Kreis Wedding: 4 Uhr Kettlerbeckplatz, 4. Kreis Prenzlauer Berg: 4 1/2 Uhr Helmholzplatz, Ecke Lybener Straße, 5. Kreis Friedrichshagen: 4 1/2 Uhr Weberwiese, 6. Kreis Kreuzberg: 4 1/2 Uhr Görlitzer Bahnhof, Sprengelplatz, und 4 1/2 Uhr Blücherplatz.

Prinzip der Degression bei den Roheisenzöllen Gebrauch zu machen.

Bei den Zöllen für Textilien, Leder- und Holzwaren soll dieser Tarif gegenüber dem vorgelegten eine ganz wesentliche Herabsetzung aufweisen und das Prinzip der Degression überall dort, wo es irgend anwendbar ist, vorsehen.

Bei den Lebensmittelpositionen wird die zurzeit bestehende Zollfreiheit zunächst um ein Jahr, bis zum 31. Juli 1926, verlängert.

Spätestens am 1. März 1926 wird der Reichstag einen mit den Rechten eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ausgestatteten Ausschusses von Wissenschaftlern, Praktikern und Parlamentariern zur eingehenden Prüfung der Lage der deutschen Landwirtschaft berufen. Dieser Ausschuß soll die weitere Entwicklung der Lage auf dem Weltmarkt für Agrarprodukte und die Entwicklung der inneren deutschen Faktoren untersuchen, von denen die Lage der Landwirtschaft beeinflusst wird.

Die Hauptaufgabe des von der Regierung auszuarbeitenden Produktionsprogrammes soll es sein, diejenigen besonderen Erweichnisse zu beseitigen, unter denen nach dem Gutachten des Agrarankommissars die deutsche Landwirtschaft zurzeit ganz besonders leidet und insofern sich schlechter stellt als die Landwirtschaft anderer Länder.

Es sind alle diejenigen Verordnungen und Gesetze zu beseitigen resp. abzuändern, durch die die Preise für deutsche agrarische Erzeugnisse zu einem tieferen Stand herabgedrückt werden, als für Erzeugnisse gleicher Qualität auf dem Weltmarkt gezahlt wird.

Heraus zum Protest!

- 7. Kreis Charlottenburg: 4 Uhr Wilhelmplatz, 8. Kreis Spandau: Beteiligt sich an der Kundgebung im Lustgarten, 9. Kreis Wilmersdorf: 4 Uhr Uhlandstraße, Ecke Wilhelmstraße, 10. Kreis Jehlendorf: Beteiligt sich an der Demonstration im Lustgarten, schließt sich nächstgelegenen Sammelplätzen an, 11. Kreis Schöneberg: 4 Uhr U-Bahnstation Hauptstraße, 12. Kreis Sieglitz-Lichterfelde: Sucht nächstgelegenen Treffpunkt auf, 13. Kreis Tempelhof: 4 Uhr Bahnhof Tempelhof, 14. Kreis Neukölln: 4 Uhr Hermannplatz, 15. Kreis Treptow: 5 Uhr Görlitzer Bahnhof, 16. Kreis Köpenick: Beteiligt sich an der Demonstration im Lustgarten, 17. Kreis Cöpenick: 4 Uhr Mittelpromenade Frankfurter Allee (an der Kronprinzenstraße), 18. Kreis Weihensee: 4 Uhr Antonplatz, 19. Kreis Pankow: 4 Uhr Falkplatz und Helmholzplatz, Ecke Lybener Straße (wie Prenzlauer Berg), 20. Kreis Reinickendorf: 4 Uhr Seebad Reinickendorf-Ost, 4 1/2 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen.

Alle Teilnehmer haben sich so einzurichten, daß sie um 5 1/2 Uhr im Lustgarten anwesend sind. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind die von Partei und Gewerkschaften kenntlich gemachten Ordner sowie das Reichsbanner lässig, deren Anordnungen unbedingt Folge zu leisten ist. Die Redner sprechen 10 Minuten. Dann erfolgt die Abstimmung über eine rechtzeitige bekanntgegebene Entschädigung. Anfang und Ende der Kundgebung werden durch Trompetensignal bekanntgegeben. Fahnen und Banner sind mitzubringen. Die Ordner für den Lustgarten treffen sich um 4 Uhr auf dem Schinkelplatz. Die Redner sind um 4 1/2 Uhr auf dem Schinkelplatz (Denkmal) anwesend. Nach Beendigung der Kundgebung bewegen sich die Teilnehmer auf den Unimarschstraßen wieder zurück. Die Züge lösen sich in ihren Bezirken auf.

möglich sein, so ist zum mindesten die Umsatzsteuer für Brotgetreide sofort aufzuheben.

Die Bekämpfung der Landwirtschaft

muss in den Dienst des Intensivierungsprogramms gestellt werden. Sämtliche vom Landwirt zu zahlenden Steuern sollen nach Möglichkeit aus der Differenz der Erträge des Bodens gezahlt werden. Die Steuern dürfen in keiner Weise den Charakter von Produktionskosten tragen. Das Steuerwesen muss eine Bevorzugung für denjenigen Landwirt enthalten, dessen Tätigkeit sich über den Durchschnitt erhebt, und eine Sonderbelastung für denjenigen, dessen Tätigkeit hinter dem Durchschnitt zurückbleibt. Als Grundlage des Steuerwesens hat das zurzeit zur Beratung stehende Reichsbewertungsgesetz zu dienen, durch das die heute noch bestehenden und für die Kalkulation des Landwirts außerordentlich störenden Ungleichmäßigkeiten der Bewertungsgrundlagen beseitigt werden.

Der Ausbau des landwirtschaftlichen Kreditwesens

hat ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Produktionssteigerung zu erfolgen. Die heutige Intensität der Landwirtschaft muss erhalten werden; Intensivierungsleistungen sind vor allen Dingen dort zu fördern, wo sie nach den Gesetzen der wissenschaftlichen Betriebslehre den höchsten Ertrag versprechen. Aus diesem Grunde ist eine organisatorische Beteiligung zwischen der Kreditgewährung und der landwirtschaftlichen Betriebsberatung zu schaffen. Es ist die Aufgabe dieser Organisation, die Verwendung von Krediten zu unproduktiven und konsumtiven Zwecken zu verhindern und die der Landwirtschaft neu zuströmenden Kredite an diejenigen Stellen zu leiten, wo sie den größten volkswirtschaftlichen Nutzen stiften. Zu diesem Zweck sind alle Kreditinstitute, auf deren Geschäftsführung das Reich oder die Einzelstaaten direkt oder indirekt einen Einfluss besitzen, zur Mitwirkung bei diesem Programm anzuhalten. Neue Kredite dürfen von diesen Instituten nur an solche Betriebe gegeben werden, die sich der Betriebsberatung unterstellen. Das gleiche gilt von der Verlängerung abgelaufener Kredite. Diese Betriebsberatung ist jedoch so zu gestalten, dass jeder bürokratische Eingriff in den landwirtschaftlichen Betrieb vermieden wird. Sie ist in die Hände der von der Landwirtschaft selbst geschaffenen Organisationen zu legen. Unter der Voraussetzung, dass eine solche vom Berufsstand selbst ausgehende Beauftragung über die Zweckmäßigkeit der Kreditverwendung zustande kommt, ist die Landwirtschaft bei der Zuteilung von Krediten auf jede nur mögliche Weise zu bevorzugen. Insbesondere sind die ständigen Mittel des Reiches, der Einzelstaaten und der Gemeinden bei dieser Kreditgewährung heranzuziehen.

Das landwirtschaftliche Fachbildungs- und Beratungswesen

ist so auszubauen, dass es dem der auf diesem Gebiet fortgeschrittenen europäischen Länder (Dänemark) gleichwertig wird. Der landliche Fortbildungsunterricht ist überall für Knaben und Mädchen obligatorisch zu machen und hat in die naturwissenschaftlichen Grundlagen der bäuerlichen Fachbildung einzuführen. Die unteren landwirtschaftlichen Schulen (Winterschulen) sind so zu verneuern, dass auch die Angehörigen der Kleinbäuerlichen Betriebe sie besuchen können. Das Beratungswesen ist so auszubauen, dass jeder landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland von der beratenden Tätigkeit der Landwirtschaftslehre und sonstiger Betriebsberater erfasst werden kann. Das Reichsernährungsministerium wird ersucht, dem Reichstag baldmöglichst eine Aufstellung über die Organisation des landwirtschaftlichen Schul- und Beratungswesens in Holland vorzulegen. Aus dieser Aufstellung soll hervorgehen, auf wieviel Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche und auf wieviel landwirtschaftliche Betriebe in diesem Lande je eine untere landwirtschaftliche Schule, ein Landwirtschaftslehrer, ein Betriebslehrer und ein Betriebsberater entfallen. Ferner soll diese Aufstellung einen Vorschlag enthalten, welche Kosten die Entwicklung des deutschen Schul- und Beratungswesens zu einem Reiz von gleicher Dichte verursachen würde.

Der genossenschaftliche Zusammenschluss der landwirtschaftlichen Betriebe

ist mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Ganz besonders sind diejenigen Genossenschaften zu fördern, durch die die Produktion einer größeren Anzahl von Kleinbetrieben gemäß den Fortschritten der modernen Technik eingeleitet, beraten und organisiert wird. (Versuchsringe, Milchkontrollvereine.)

Die übermäßige Preisspanne zwischen Erzeugerpreisen und Kleinhandelspreisen ist mit allen Mitteln abzubauen.

ganz besonders durch Förderung des unmittelbaren Austausches der Erzeuger- und Verbraucherorganisationen. Bei einigen landwirtschaftlichen Produkten ist diese Preisspanne im Vergleich zur Vorkriegszeit um fast das Doppelte des Betrages der nach der Regierungsvorlage geplanten Zölle gestiegen. Durch eine Verminderung der Preisspanne würde also für den Landwirt eine gleiche Preiserhöhung wie durch die Zölle zu erreichen sein, ohne dass der Verbraucher belastet würde, ja sogar unter gleichzeitiger Entlastung des Verbrauchers.

Der Vorzug der deutschen Agrarverfassung, deren Schwerpunkt im bäuerlichen Familienbetriebe liegt, ist bei allen zu treffenden Maßnahmen besonders zu berücksichtigen und zu entwickeln. Die in der Reichsverfassung verbriefene Reform der Bodenverteilung und Bodenreform ist unverzüglich durchzuführen. Zu den Einzelheiten dieser Reform wird auf die in dem Antrag Müller (Franken) vom 10. Januar entwickelten Richtlinien hingewiesen.

Adam, der Zöllner.

Also das Zollkompromiss zwischen den Regierungsparteien ist so gut wie fertig, und Herr Adam Stegerwald, Dr. honoris causa, wirft sich in die Brust und sagt seinen Freunden von den christlichen Gewerkschaften: Wir habens geschafft! Die Mindestzölle für Getreide sind gefallen, und die Viehmindestzölle sind nicht so schlimm. Ueberhaupt: nichts ist schlimm — was Herr Adam Stegerwald macht.

Die christlichen Gewerkschaftsvertreter haben vor zwei Wochen in Westdeutschland getagt und Herrn Stegerwald bedeutet, dass sie gegen jegliche Mindestzölle sind. Aber Herr Stegerwald ist der Ansicht, er sei ein Staatsmann, und in folgedessen müsse er ein Kompromiss machen. Herr Stegerwald ist von seiner Staatsmännischen Fähigkeit so überzeugt, wie niemand sonst auf der Welt. Wenn man sich fragt, wie das Zustandekommen des Kompromisses unter Stegerwalds Führung möglich geworden ist, so muss man etwas tiefer schürfen.

Adam Stegerwald hat seit Wochen und Monaten kein anderes Ziel, als den Volksblock zu zerfallen. Das Zusammengehen von Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum bei der Reichspräsidentenwahl war ihm ein Grauel, hat er doch selbst gehofft, dass man ihn als Kandidaten für den Reichspräsidentenposten präferieren würde. Diese Hoffnung wurde ihm durch einen Artikel im „Berliner Tageblatt“ zerfallen, der Herrn Stegerwald völlig präferierte. Stegerwald hat für Marg keine Hand gerührt, hat kaum den Mund aufgetan und war nach der Niederlage Marg nur von dem einen Wunsch besetzt, möglichst rasch alles zu vernichten, was einer Erhaltung des Volksblocks dienlich gewesen wäre.

Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass in den letzten Monaten bei Reichsbannerveranstaltungen von den prominenten Persönlichkeiten des Zentrums niemand mehr gesprochen hat. Nur einige Windhorst-Bündler

sind noch aufgetreten. Herr Stegerwald hat es vortrefflich verstanden, langsam aber sicher Herrn Dr. Wirth beiseite zu schieben und sich wieder in den Vordergrund zu stellen. Unterstützt wird er dabei durch Dr. Brüning, der inzwischen Abgeordneter geworden ist, und dem Herr Stegerwald so ziemlich alles zu verdanken hat. Stegerwalds Reden in den letzten Jahren waren stets und immer Brüning's Werk. Man muss sich nur daran erinnern, wie Stegerwald früher gesprochen hat, und wie er jetzt spricht. Stegerwald hat sich ja in den Kopf gesetzt, dass er allein in der Lage sei, den „Staatskarran aus dem Dreck zu ziehen“ — das ist einer seiner beliebtesten Ausdrücke.

Das Schwergewicht der ganzen Sache liegt aber in folgendem: Stegerwald ist von einem geradezu blinden und fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie besetzt. Es war ja schon sein Ziel als preussischer Ministerpräsident: Ausschaltung der Sozialdemokratie. Und die Erreichung dieses Zieles ist der tiefere Grund für seine Zustimmung zum Zollkompromiss. Bürgerblock oder Rechtsblock, das ist innigster Wunsch Adam Stegerwalds und seiner reaktionären Freunde. Ab und zu gibt es dabei ein etwas scharfes Wort gegen den Kapitalismus — aber das ist alles nur Scheinmordio. Adam der Zöllner will in die Regierung, und wenn es zum Reichszollposten nicht langt, dann wenigstens zum Reichswirtschaftsminister oder zu sonst einem Portefeuille in der Reichsregierung. Hand in Hand mit ihm arbeitet Heinrich Brauns der Werbeständige, der alles vergessen, was er in seiner Volksvereinstätigkeit geleistet hat, und der nicht bereit ist, irgendetwas dazu zu lernen.

Es gibt einige Abgeordnete im Zentrum, die sich der großen Gefahren bewusst sind, die in der Tätigkeit Stegerwalds liegen. Diese wenigen Abgeordneten können sich anscheinend im Zentrum nicht mehr durchsetzen, daher ist es nötig, die breiten Schichten des Volkes aufzuklären über das, was Adam der Zöllner beabsichtigt.

Recht, nicht Gnade!

Wiederaufnahmeantrag im Fischenbach-Prozess.

Im Reichsgesetzblatt ist nunmehr das Gesetz über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der Bayerischen Volksgerichte verordnet worden. Das Gesetz ist bereits am 13. Juli 1925 in Kraft getreten. Fischenbach, der bekanntlich am 20. Oktober 1922 zu Unrecht vom Münchener Volksgericht zu 11 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt und am 20. Dezember 1924 in widerruflicher Weise unter Subtilisierung von Bewährungsfrist begnadigt wurde — der Ehrverlust blieb bestehen — hat daraufhin seinen Verteidiger beauftragt, das Gesetz um Wiederaufnahme des Verfahrens in Angriff zu nehmen und nach Fertigstellung einzureichen. Ueber den Antrag auf Wiederaufnahme hat zunächst die Münchener Strafkammer zu entscheiden. Gibt sie dem Antrag nicht statt, dann steht dem Verurteilten das Recht zu, die Entscheidung des Reichsgerichts anzurufen, vor dem auch der Wiederaufnahmeprozess stattfinden wird.

Ein Erfolg Preußens.

Das Amnestiegesetz vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat beschloß gestern mit dem von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit. Ein Antrag Preußens, den Straffreiheit auch auf die Niederschlagung gewisser Landesverratsfälle auszudehnen, wenn es sich um Mitteilung von geheim zu haltenden Nachrichten durch öffentliche Bekanntmachung handelt, war von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt worden. Der Vertreter Preußens nahm den Antrag in der Plenarsitzung wieder auf. In der Abstimmung wurde der Antrag mit 32 gegen 22 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten das Preussische Staatsministerium, die preussischen Provinzen Brandenburg, Westpreußen, Posen, Oberschlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Sachsen und der Vertreter der Stadt Berlin. Ferner stimmten mit Ja Baden, Hessen, Hamburg, Anhalt, Bremen, Lübeck und Waldeck. Gegen den Antrag votierten die preussischen Provinzen Pommern und Hessen-Nassau. Ferner Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz. Der Vertreter Ostpreußens enthielt sich der Stimme. In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzentwurf in der so geänderten Fassung in erster und auch in zweiter Lesung mit 28 gegen 17 Stimmen genehmigt. Gegen das Gesetz stimmte Bayern, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lübeck und die preussischen Provinzen Pommern und Hessen-Nassau.

Ein Urteil gegen die Republik.

15 Monate Gefängnis für Vortrag freiheitlicher Gedichte

Leipzig, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik ein Hochverratsprozess, der besonders in Theaterkreisen interessieren wird. Es hatte sich wegen Beihilfe zum Hochverrat und Republikverstoß ergeben der Schauspieler und Schriftsteller Josef Gärtner aus Mannheim, der bis vor kurzem am Nürnberger Stadttheater beschäftigt war, zu verantworten.

Gärtner ist der Sohn eines Fabrikarbeiters und betätigte sich schon seit seiner frühesten Jugend schriftstellerisch und rezitatorisch. Er ging dann später zum Theater über, und zwar zu den Stadttheatern Würzburg und Nürnberg. Während der Rätezeit in Bayern war er Vorsitzender der geistigen Arbeiter und künstlerischer Beirat in Würzburg. Er wurde damals zu 1½ Jahren Festung verurteilt. Die Anklage legt Gärtner zur Last, dass er im November 1924 in Stuttgart anlässlich der Gedichtfeier zum 7. Jahrestag der Sowjetrepublik und 10jährigen Gründungstag der württembergischen kommunistischen Partei die künstlerische Leitung übernommen hat. Bei dieser Feier trug Gärtner Gedichte von Henry Mackay, Erich Mühsam, Herwegh und Toller vor. Auch leitete er die Aufführung eines Dramas „Masse“, zu dem er als Prolog einen Gesang der gefangenen Proletarier vortrug.

Die Verteidigung hatte als Sachverständigen den Präsidenten der deutschen Bühnengehörigen Gustav Ricket geladen und unter Beweis gestellt, dass einem Schauspieler bei Vorträgen derartiger Werke das Bewusstsein fehle, sich in hochverräterischer Weise zu betätigen. Das Gericht lehnte jedoch Ricket ab. Nach längerer Verhandlung wurde Gärtner zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe verurteilt. Zwei Monate und die Geldstrafe gelten als verbüßt. In der Begründung führte das Gericht aus, die künstlerischen Veranstaltungen, die Gärtner leitete, hätten nicht den Zweck gehabt, die Teilnehmer künstlerisch und wissenschaftlich weiterzubilden, sondern nur den Zweck verfolgt, kommunistische Propaganda zu treiben!

Der Staatsgerichtshof, der dieses Urteil gefällt hat, ist kein Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik, sondern ein Staatsgerichtshof gegen die Republik. In der Republik muss es erlaubt sein, revolutionäre Gedanken in künstlerischer Form zu äußern, dagegen braucht die Republik keinen Schutz. Desto mehr Schutz braucht sie gegen eine Justiz, die ihren Ruf untergräbt.

Die demagogischen Tugenden.

Ein kommunistisches Bekenntnis.

In einem Sonderheft der Internationale, das auf dem kommunistischen Parteitag ausgegeben wurde, konnte man in einem Artikel von Hermann Remmele, der sich gegen den „rechten“ Ernst Renner richtete, folgendes lesen:

„Die (nach Lenin) für die Politik so unerlässlichen demagogischen Tugenden, als da sind: Lug und Betrug, Verschweigen der Wahrheit, Verschämtheit und Verschlagenheit, Schlauelei und List, hat der Gen. Renner von uns allen vielleicht am höchsten entwickelt. Nur auch hier wieder hat er die zu diesen Tugenden unerlässlich erforderlichen Befehle der Politik noch nicht begriffen.“

Eines dieser „Befehle“ soll sein, dass man die „demagogischen Tugenden“ nur dem Gegner, nicht aber den eigenen Parteigenossen gegenüber anwenden darf. Die kommunistische Wirklichkeit sieht aber anders aus als diese Theorie. Wer beispielsweise die Verhandlungen des kommunistischen Parteitages verfolgt hat, der wird sich erinnern, dass diese „demagogischen Tugenden“ hier besonders eifrig geübt wurden, so bald die Ruth Fischer auf Werner Schelen, Herr Rosenberg auf den Luxemburger eintraten. Aber auch sonst sind die Kommunisten nicht faul, sich gegenseitig zu belügen und zu betrügen, also die „demagogischen Tugenden“ bei sich selbst anzuwenden. Ein Beweis dafür bildet die Berichterstattung der kommunistischen Presse über die Verhandlungen des Parteitages, für die Remmele verantwortlich zeichnet. Was der kommunistischen Zentrale unangenehm sein könnte, ist aus dem Bericht ausgemerzt oder entfernt wiedergegeben worden. Um einige Beispiele zu nennen, so wird aus der Rede Rosenbergs die Stelle fortgelassen, in der nachgewiesen wird, dass sich Ruth Fischer über die wichtigsten politischen Fragen nicht geäußert hat. In dem Schlusswort des Herrn Gelske fehlt der Aufruf zum Pogrom gegen den „Vorwärts“. In der Rede der Ruth Fischer vermischt man die von ihr sehr eindringlich vorgetragene Formulierung, wie die Kommunisten die Eröberung der Macht sich vorstellen. Es heißt sehr sanft, dass der Kommunismus nur erkämpft werden könne „auf dem Wege des Bürgerkrieges gegen die Bourgeoisie“. In den bisher veröffentlichten Berichten über die Diskussionsreden, ist die immer wieder geäußerte Mißstimmung über die ungünstige Lage der Partei, über den schlechten Stand der Zellarbeit, über den zurückgehenden Einfluss in den Gewerkschaften gestrichen worden.

Die Berichterstattung in der kommunistischen Presse ist noch nicht zu Ende, aber schon jetzt sieht man, dass die Leser nur das erfahren sollen, was die Remmele ihnen zu sagen für gut befinden. Die „demagogischen“ Tugenden werden zuerst an den kommunistischen Parteimitgliedern ausprobiert.

Die Brüsseler Dreiländerkonferenz.

Ein offizieller Bericht.

Ueber die in Brüssel am Sonntag und am Montag abgehaltene sozialistische Dreiländerkonferenz geht uns folgender offizieller Bericht zu:

Entsprechend einer Anregung des Bureaus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und auf Vorschlag der französischen Sozialistischen Partei sind die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, der belgischen Arbeiterpartei und der französischen Sozialistischen Partei zusammengetreten, um die verschiedenen Fragen zu prüfen, die bezüglich eines Sicherheitspaktes im Laufe der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen England, Deutschland, Belgien und Frankreich aufgeworfen sind.

Die Aufmerksamkeit der Teilnehmer an dieser Besprechung richtete sich hauptsächlich auf nachstehende Punkte:

1. Wie die zwischen Deutschland auf der einen Seite, Polen und der Tschechoslowakei auf der anderen Seite zu schließenden Schiedsgerichtsverträge zu garantieren wären.

2. Die Umstände, unter denen Deutschland Mitglied des Völkerbundes werden würde.

3. Die Voraussetzungen, unter denen erklärt werden sollte, dass einer der Signatarstaaten zum Mittel des Krieges gegriffen habe.

Bei dieser ersten Prüfung ist festgestellt worden:

Auf der einen Seite, dass die gegenwärtig zwischen den Mächten schwebenden Schwierigkeiten vermieden worden wären, wenn alle in Frage kommenden Staaten an dem im September 1924 in Genf ausgearbeiteten Protokollentwurf festgehalten hätten.

Auf der anderen Seite, dass es heute noch möglich ist, diese Schwierigkeiten zu lösen oder sogar zu beseitigen durch die einfache Anwendung des Völkerbundsstatuts, unter der einen Bedingung jedoch, dass Deutschland in den Völkerbund mit gleichen Rechten und Pflichten wie die übrigen Nationen eintrete.

Das Statut des Völkerbundes sieht nämlich vor, dass, abgesehen von dem einen Fall, der im Art. 16 geregelt wird, wo ein Staat zum Mittel des Krieges greift, keine Macht von sich aus beschließen darf, dass eine Vertragsverletzung vorgekommen sei, die als Gewaltanwendung betrachtet werden müsse; ferner können Schiedsgerichts- oder Garantieverträge keiner Macht Rechte verleißen, die weitergehen oder Pflichten auferlegen, die weniger weit gehen, als jene, die sich aus dem Völkerbundsstatut ergeben.

Man ist schließlich zu der Erkenntnis gekommen, dass die durch die öffentliche Meinung Deutschlands und Rußland geäußerten Besorgnisse über die Anwendung des Art. 16 des Völkerbundsstatuts im Falle von Konflikten, an denen Rußland beteiligt wäre, zum großen Teil hinsichtlich würden, wenn Rußland selbst in den Völkerbund einträte.

Die Brüsseler Konferenz hat beschlossen, ihre Arbeiten auf einer zweiten Zusammenkunft fortzusetzen, zu der die Vertreter der sozialistischen Parteien Polens und der Tschechoslowakei eingeladen werden sollen. Diese zweite Zusammenkunft wird vor dem kommenden internationalen sozialistischen Kongress stattfinden müssen.

An der Brüsseler Konferenz nahmen teil: für die deutsche Sozialdemokratie: Otto Weis und Rudolf Hilferding, für die französische Partei: Leon Blum, Renaudel, Longuet und Grumbach, für die belgische Partei: de Broeckere und van Roosbroeck.

Gegen schwarzweißrote Kuppeleien.

Verbot von Kundgebungen im befreiten Gebiet.

München, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wegen der Ausschreitungen, die sich an einigen Stellen des geräumten Ruhrgebietes nach Abzug der Besatzung ereignet haben, wurde eine Verfügung erlassen, in der nochmals darauf hingewiesen wird, dass Veranstaltungen und Kundgebungen jeglicher Art aus Anlaß des Abzuges der Besatzung bis auf weiteres verboten sind.

Begleitend der deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen. Montag abend traten die deutsche Handelsdelegation und die Bevollmächtigten der spanischen Regierung zu den Beratungen über einen neuen Handelsvertrag zusammen. Es fand zunächst nur eine allgemeine Aussprache statt, in der die Grundlagen für die Neuverhandlung der Wirtschaftsbeziehungen erörtert wurden.

Die deutsche Sicherheitsnote.

Festhalten am Stresemann-Memorandum. — Für schnelle Verhandlungen.

Die am 20. Juli urchriftlich in Paris, abchriftlich in London, Rom und Brüssel übergebene deutsche Antwort auf die französische Note vom 18. Juni hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat die von Seiner Exzellenz dem französischen Botschafter Herrn de Morgerie am 16. Juni überreichte Antwort auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie entnimmt aus der Antwort mit Genugtuung, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, die Festigung des Friedens gemeinsam mit der deutschen Regierung auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen und hierüber in einen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten.

Die alliierten Regierungen wünschen indes vor der Einleitung schlichter Verhandlungen eine weitere Klärung der in dem deutschen Memorandum berührten Fragen und machen ihrerseits eine Reihe konkreter Vorschläge, zu denen sie die Stellungnahme der deutschen Regierung erbitten. Diese Vorschläge sind zwar auf den Anregungen des deutschen Memorandums aufgebaut, geben diesen Anregungen aber in wichtigen Punkten eine andere Richtung und fügen zu ihnen auch neue Vertragskonstruktionen hinzu. Die deutsche Regierung will

in dem gleichen Geiste des Entgegenkommens und der friedlichen Verständigung,

aus dem ihre eigenen Anregungen hervorgegangen sind, nachstehend ihre Ansicht über die alliierten Vorschläge darlegen. Sie glaubt sich dabei jedoch auf eine allgemeine Aeußerung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken und ihre Stellungnahme zu den Einzelpunkten bis zu den endgültigen Verhandlungen vorbehalten zu sollen.

I.

Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 18. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Aenderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Aenderung der bestehenden Verträge. Es dürfte deshalb in dieser Hinsicht kein Anlaß zu besonderen Feststellungen vorliegen. Die deutsche Regierung betrachtet es hierbei als selbstverständlich, daß

nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Uebereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie darf darauf hinweisen, daß auch die Säugung des Völkerbundes derartiges Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Wenn die alliierten Regierungen zum Beispiel hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden

vertraglichen Bestimmungen über die militärische Besetzung deutscher Gebiete nicht berühren

dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Paktes nicht von einer Aenderung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die alliierten Regierungen jedoch beabsichtigen, jene Bestimmungen als für die Zukunft schließlich maßgebend hinzustellen, so möchte die deutsche Regierung demgegenüber darauf hinweisen, daß das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes eine so bedeutsame Aenderung darstellen würde, daß sie

nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Besetzung bleiben dürfte.

II.

In dem System, das die alliierten Regierungen in der Note vom 18. Juni für den Sicherheitspakt entwerfen, wird eine hervorragende Rolle den Schiedsverträgen zugewiesen, die Deutschland mit den ihm benachbarten Signatarstaaten des Versailler Vertrages abzuschließen hätte. Die Gestaltung der Schiedsverträge in diesem System gibt jedoch zu erheblichen Zweifeln Anlaß, die nach der Klärung bedürfen. Die deutsche Regierung hat Schiedsverträge beabsichtigt, wie sie in den letzten Jahren sowohl von Deutschland als auch von einer Reihe anderer Mächte abgeschlossen worden sind. Verträge dieser Art, die in Analogie zu den entsprechenden Bestimmungen der Völkerbundsatzung aufgebaut sind, erschöpfen nach Ansicht der deutschen Regierung die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegebenen Möglichkeiten, eine schiedliche Regelung von Staatenkonflikten mit Aussicht auf praktischen Erfolg herbeizuführen. Bei den alliierten Vorschlägen scheint an ein anderes System gedacht zu sein. Was dabei vor allem in die Augen fällt, sind die von den alliierten Regierungen vorgesehenen Ausnahmefälle, in denen ein gewalttätiges Vorgehen der Staaten gegeneinander zulässig sein soll. Die deutsche Regierung kann in dieser Hinsicht die Ausführungen der Note vom 16. Juni wie auch den veröffentlichten Schriftwechsel zwischen der französischen und der königlich großbritannischen Regierung nur dahin verstehen, daß in diesen Fällen nach der Absicht der alliierten Regierungen das gewalttätige Vorgehen ohne irgend ein vorhergehendes objektives Verfahren — sei es ein Schiedsverfahren oder ein anderes internationales Verfahren — erfolgen kann.

Wenn das zutrifft, so würde sich daraus ergeben, daß die alliierten Regierungen zum Beispiel die Entscheidung über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Repressalien wegen der Reparationsverpflichtungen nicht einem objektiven Verfahren unterwerfen, sondern ihrem einseitigen Ermessen vorbehalten wollen. Es würde sich ferner ergeben, daß die deutsche Regierung den alliierten Regierungen ein vertragliches Recht einzuräumen hätte, ohne vorhergehendes objektives Verfahren gegen Deutschland militärisch einzuschreiten, wenn sie der Ansicht sind, daß ein deutscher Verstoß gegen die Bestimmungen über die Demilitarisierung des Rheinlandes vorliegt.

Ebenso bedenklich wären die Folgen, zu denen die in der französischen Note vorgeschlagene Konstruktion der Garantie für die abzuschließenden Schiedsverträge führen könnte. Das Eingreifen des Garanten würde zwar von bestimmten Voraussetzungen abhängig sein, der Garant hätte aber das Recht, nach freiem und einseitigem Ermessen darüber zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen im gegebenen Falle zutreffen. Das würde bedeuten, daß der Garant zu bestimmen hätte, wer bei einem Konflikt zwischen den beiden Kontrahenten des Schiedsvertrages als Angreifer zu gelten hat, und zwar würde er diese Befugnis selbst dann haben, wenn er gegenüber dem einen Kontrahenten durch ein Sonderbündnis verpflichtet ist.

Es liegt auf der Hand, daß das Garantiesystem durch derartige Konstruktionen

einseitig zugunsten Deutschlands durchbrochen

werden würde. Das Ziel einer wirklichen Befreiung, wie es von der deutschen Regierung in Uebereinstimmung mit den alliierten Regierungen angestrebt wird, wäre nicht erreicht. Die deutsche Regierung möchte sich deshalb der Hoffnung hingeben, daß ihre Befürwortung in diesen Punkten von den alliierten Regierungen befestigt werden können. Sie glaubt das um so mehr erwarten zu dürfen, als sich das Garantiesystem sonst mit dem Geiste der Völkerbundsatzung nicht in Einklang bringen lassen würde. Während nach der Völkerbundsatzung die Frage, ob eine Friedensstörung vorliegt, in einem genau geregelten Verfahren zu entscheiden und die Anwendung von Zwangsmahnahmen an bestimmte, objektiv festzustellende Voraussetzungen geknüpft ist, würden nach dem in der französischen Note entworfenen System alle diese Entscheidungen in die Hand einer Vertragspartei gelegt sein. Ein solches System würde die Friedensordnung nicht stützen und könnte sogar die Gefahr ernstlicher Verwicklungen heraufbeschwören.

III.

Nach Auffassung der deutschen Regierung würde für die Verwirklichung der Grundgedanken des deutschen Memorandums der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keine notwendige Voraussetzung sein. Die alliierten Regierungen dagegen sind ihrerseits der Auffassung, daß der in dem deutschen Memorandum angeregte Sicherheitspakt nur denkbar ist, wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt. Bei der großen Bedeutung, welche die deutsche Regierung der Regelung der Sicherheitsfrage beimißt, will sie gegen die Verbindung der beiden Probleme

keinen grundsätzlichen Widerspruch

erheben. Sie muß indes darauf hinweisen, daß die Frage des deutschen Eintritts selbst noch sorgfältiger Klärung bedarf.

Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist den alliierten Regierungen aus dem ihnen im September v. J. überreichten Memorandum sowie aus der deutschen Note an den Völkerbund vom 12. Dezember v. J. bekannt. Die in der französischen Note angeführte Note des Völkerbundes vom 13. März v. J. hat die Bedenken, die auf deutscher Seite gegen die Uebnahme der Verpflichtungen aus dem Artikel 16 der Satzung geltend gemacht worden sind, nicht ausgeräumt. Auch nach den Ausführungen des Völkerbundsrats bleibt die Gefahr bestehen, daß Deutschland als entwaffneter Staat, der von stark gerüsteten Nachbarn umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet, und der in der Geschichte immer wieder Schauplatz großer Kriege gewesen ist, bei dem Eintritt in den Völkerbund unbeschränkt der Verwicklung in kriegerische Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein würde.

Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Abrüstung auch die in der Völkerbundsatzung und in der Einleitung zu Teil V des Versailler Vertrages vorgesehene allgemeine Abrüstung folgt. Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitpanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Die Lösung müßte sowohl der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.

Auf diese Bemerkungen zu den Ausführungen der Note vom 18. Juni möchte sich die deutsche Regierung vorerst beschränken. Trotz der angedeuteten Zweifel und Bedenken glaubt sie

in wesentlichen Punkten bereits eine bedeutsame Annäherung

der beiderseitigen Anschauungen feststellen zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernstlichen Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angeregten Garantiepakt und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein, wenn die Regierungen das anzustrebende Ziel fest im Auge behalten und

dem unentzweifelbaren Erfordernis der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit Rechnung tragen.

Die deutsche Regierung glaubt deshalb hoffen zu dürfen, daß die weiteren Erörterungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Sie würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Erörterungen beschleunigt werden könnten, damit dem dringenden Verlangen der Völker nach sicheren Bürgschaften für Ruhe und friedliche Entwicklung, sowie für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen bald Genüge geschieht.

Für die am Montag übergebene deutsche Note zu den Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zeichnet die gesamte Reichsregierung, alle Kabinettsmitglieder und die hinter ihnen stehenden Parteien verantwortlich. Sie legt insbesondere die Deutschlandnationalen unausweichlich auf die Garantiepakt fest, so daß also selbst die Gruppe Freytagh-Loringhoven nicht mehr die Möglichkeit hat, gegen die von der eigenen Partei gebilligte Politik Sturm zu laufen.

Die Note deutet mit diplomatisch gewählten Worten an, daß Deutschland die Erfüllung besonderer nationaler Forderungen zu erwarten das Recht hat, wenn die Verhandlungen zu einem glücklichen Ergebnis führen.

In dem Gedanken an eine Revision von Grenzen hatte Frankreich im Namen der Alliierten verlangt, bestehende Verträge dürften durch einen Sicherheitspakt nicht geändert werden. Dagegen wendet die Note ein, es könne damit unmöglich die friedliche Revision von Verträgen ausgeschlossen werden; die Völkerbundsatzung sieht ja dergleichen vor. Die deutsche Regierung hätte hinzufügen können, daß sogar die Alliierten in ihrem Versailler Ultimatum es gerade als einen Vorzug des Friedensvertrages bezeichneten, daß er den Völkerbund als Werkzeug für die friedliche Anpassung des Vertrages an veränderte Verhältnisse schafft. In diesem Zusammenhang deutet sie an, daß der Abschluß eines Garantiepaktes notwendigerweise das Streben Frankreichs, sich durch militärische Mittel zu sichern, beeinflussen und eine Erleichterung der Befehlslasten mit sich bringen müsse.

Erscheinen diese Formulierungen befriedigend, so kann das von dem zweiten Teil der deutschen Note nur in erheblicherem Maße gesagt werden. Hier wird, und zwar mit Recht, die Forderung Frankreichs abgewiesen, als Garant eines Schiedsvertrages ohne weiteres über den Bruch eines Schiedsvertrages entscheiden und gegen Deutschland dann sogleich militärische Machtmittel einsetzen zu dürfen. Es

wäre in der Tat im Widerspruch zu der Psychologie der Völker, wenn man erwarten wollte, daß Frankreich als Bundesgenosse z. B. Polens imstande wäre, den Bruch eines Schiedsvertrages durch Polen oder durch Deutschland objektiv zu beurteilen. Aber die Kritik der Reichsregierung an dem Vorschlage Frankreichs bleibt negativ, sie stellt nur fest, daß nach dem französischen Entwurf alle Entscheidungen über die Verletzung von Schiedsverträgen in die Hand einer Vertragspartei des Garantiepaktes gelegt würden und damit die Gefahr ernstlicher Verwicklungen heraufbeschwören wird. Deutschland ist zwar nach wie vor bereit, mit den Nachbarstaaten Schiedsverträge abzuschließen. Aber diese Verträge sind nach dem unzureichenden Muster der mit der Schweiz, mit Schweden und mit Finnland vereinbarten Abkommen gedacht. Sie sehen sämtlich nur ein Obligatorium für die Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten, aber keine unbedingte Verpflichtung zur Schlichtung politischer Streitigkeiten vor. Deutschland behält sich durch sie theoretisch das Recht vor, zu Gewaltmaßnahmen zu greifen, wenn der Versuch einer Schlichtung ergebnislos ausgegangen ist. Der französische Wunsch, demgegenüber ebenfalls die Befugnis zu Gewaltmaßnahmen zu erhalten, ist deshalb nicht minder abwegig. Frankreich geht dabei von einer Ansicht über die Möglichkeiten einer deutschen Machtpolitik aus, die angesichts der deutschen Abrüstung für uns Deutsche etwas Unbegreifliches hat. Wenn aber Deutschland wirklich ohnmächtig ist, so wäre es doch nahelegend, auf das formale Recht zu Gewaltmaßnahmen ausdrücklich zu verzichten, die durchzuführen man nicht die Macht hat.

Die Unfähigkeit der Reichsregierung, durch eine solche Wendung zum Gedanken des Genfer Protokolls die Verwirklichung des Schiedsgedankens über den bisherigen Stand hinauszutreiben, hängt mit ihrer noch immer mangelnden Bereitschaft zur Völkerbundschaft zusammen. Die Alliierten betrachten „Sicherheit durch Völkerbund“ als eine Selbstverständlichkeit. Die Reichsregierung ist jetzt soweit, gegen die Verbindung von Sicherheitspakt und Völkerbund keinen „grundsätzlichen Widerspruch“ zu erheben. Das bedeutet, einen Fortschritt über die bisherige Negation hinaus; leider aber nicht aus eigenem Entschluß, sondern nur aus dem Drängen der Gegenseite. Dabei wird darauf hingewiesen, daß Deutschland solange eine gleiche Verpflichtung zur Teilnahme an den Bundesaktionen nicht auf sich nehmen könne, als sein gleiches Recht durch die Nichtabrüstung der anderen noch nicht verwirklicht ist. Es werden noch immer gewisse Einzelheiten der Völkerbundsatzung zum Einwand gegen den deutschen Völkerbundeintritt gemacht. Die Reichsregierung schreckt noch vor dem Völkerbund zurück und vermeidet damit den geradesten und kürzesten Weg zur Befriedung Europas.

Das gestern morgen veröffentlichte Communiqué der französischen Regierung über die deutsche Note und die Erörterungen der ausländischen Presse über den vermutlichen Inhalt der deutschen Antwort lassen erwarten, daß die Verhandlungen nach dem Notenaustausch weitergeführt werden. Die Aufnahme der Note scheint im Auslande günstiger auszufallen, als in Deutschland vor der Abfassung erwartet wurde. Deutschland muß darüber hinauskommen, daß es für eine besondere Leistung angesehen wird, wenn eine deutsche Note den Weitergang der europäischen Sicherheitsverhandlungen nicht aufhält. Es muß eine Selbstverständlichkeit sein und als Selbstverständlichkeit anerkannt werden, daß Deutschland tätig und führend an der Schaffung eines wahren europäischen Friedens mitwirkt. Dies dahin bedeuten die vorliegenden Dokumente und die daraus folgenden Verhandlungen einen weiteren Sieg der Politik, die die Sozialdemokratie im Kampf gegen die nationallistische Hege einseitete; und sie bedeutet zugleich den weiteren Zusammensturz der nationallistischen Ideologien. Die Aufgabe der sozialistischen Parteien aller Länder ist es, die Regierenden auf dem Wege zur Verständigung der Völker weiterzutreiben.

Französische Kommentare.

Paris, 21. Juli. (Fig. Drahtbericht.) Im Gegensatz zu den tendenziösen Darstellungen einiger Pariser Abendblätter wird vom französischen Auswärtigen Amt ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Besamteinbruch, den die letzte deutsche Note zum Garantiepakt hervorgerufen habe, durchaus günstig sei. Sie behandle Punkt für Punkt die französische Note vom 18. Juni. Doch lasse der Text in einigen Einzelheiten die erforderliche Genauigkeit vermissen. Der deutsche Botschafter Herr v. Hoersch soll in der mündlichen Unterredung mit Herrn Briand darauf hingewiesen haben, daß die zum Teil nicht ganz präzise Formulierung einzelner Punkte durch die Notwendigkeit entstanden sei, einen alle Parteien befriedigenden Kompromiß zu finden. Das französische Auswärtige Amt bezeichnet als die Aufgabe der nunmehr beginnenden Verhandlungen, diese Punkte zu klären. Infolge der Kompliziertheit der zur Diskussion stehenden Probleme müsse man auf recht langwierige Verhandlungen gefaßt sein. Die deutsche Note suche in anerkennenswerter Weise eine Einigungsmöglichkeit zu finden und sehe sich für die Fortführung der Verhandlungen ein.

Die rechtsstehenden Blätter unterstreichen den Gegensatz zwischen der deutschen und der französischen Auffassung. „Ein Abgrund eröffnet sich zwischen der deutschen und der französischen Auffassung“, schreibt „Echo de Paris“. Die französische Parole sei die Sicherstellung des europäischen Status von 1919, die Organisation eines Verteidigungssystems usw. Die deutsche Parole aber laute: Revanche durch eine Revision der Verträge, durch Stillierung Frankreichs, durch Auflösung des Völkerbundes, durch das Feilschen jeglicher französischer und englischer Vorbereitungen. Dennoch würden die Verhandlungen fort-dauern. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es Briand gelangen werde, eine internationale Konferenz zu ver-melden.

Hungerstreik von Kommunisten. Zwei in Hannover in Unter-suchungshaft befindliche Kommunisten sind in den Hungerstreik getreten. Der kommunistische Abg. Abel hat als Mitglied des Preussischen Landtages sich in einem Telegramm an den Preussischen Justizminister gewandt, um die sofortige Einleitung des Gerichtsverfahrens zu erzwingen.

Der Führer der italienischen Demokraten Amendola, der schon vor einigen Monaten das Opfer eines gefährlichen Faschistenanschlages war, ist gestern in der Nähe von Florenz wiederum von unbekanntem Faschisten überfallen und mit Säcken schwer miß-handelt worden. Er und seine Begleiter mußten ins Krankenhaus übergeführt werden, wo sie zehn Tage verbleiben dürften.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf im deutschen Baugewerbe.

Schon seit dem Frühjahr haben im Baugewerbe in fast allen Teilen Deutschlands neben ungezählten kleineren auch größere Arbeitskämpfe stattgefunden. Erwähnt seien an dieser Stelle die Kämpfe und Aussperrungen der Bauarbeiter in Groß-Hamburg, in Schleswig-Holstein, in Württemberg, in Pommern.

Diese Kämpfe wurden für die Bauarbeiter in günstiger Weise entschieden, obwohl nicht alles erreicht werden konnte, was erreicht werden sollte. Die Kämpfe gingen nicht nur um Lohn-erhöhungen, es galt dabei auch, die Sozialerregungs-schaften der Bauarbeiter, die im alten Reichstarif für das Baugewerbe enthalten und mit dessen Ablauf verloren gegangen waren, wieder zurückzuerobieren. In Württemberg ist zum Teil auch das Letztere gelungen, bei den anderen schon genannten Kämpfen konnten in der Hauptsache nur die Löhne verbessert werden.

Neuerdings ist nun der Kampf im Baugewerbe um Lohn-verbesserungen und Wiedereroberung der alten Sozialerregungs-schaften, besonders der Ferienbestimmungen, auf breiter Grund-lage im Gange. Zuerst kam es zu einem allgemeinen Kampf in Westfalen. Die Unternehmer machten nur ganz geringfügige Zugeständnisse, die Verhandlungen zerbrachen sich, die Bauarbeiter griffen zu Teilstreiks, die Bauunternehmer antworteten mit der Aussperrung. Daselbe Spiel dann in Baden mit Vorder-pfalz, später in Sachsen, schließlich der Kampf in Berlin und zuletzt die Aussperrung in der Provinz Sachsen und in Anhalt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch noch in anderen Landesteilen die Bauarbeiter in Großkämpfe verwickelt werden.

Diese Kämpfe im Baugewerbe sind systematisch von den Bauunternehmerorganisationen vorbereitet worden. Hinter ihnen stehen die anderen industriellen Groß-Unternehmer. Es ist dem Baugewerksbund im vorigen Jahre und bisher in diesem Jahre gelungen, die Bauarbeiterlöhne so zu verbessern, daß sie heute in Deutschland zu den höchsten Arbeiterlöhnen gehören. Das fällt vor allem auch den Industrieherrn von Kohle und Erz auf die Nerven, weil sie darin einen Anreiz für „ihre“ Arbeiter zu höheren Lohnforderungen erblicken. Sie stellen sich hinter die Bauunternehmerorganisationen, die sich diese Hilfe gern gefallen lassen. So haben die Industrieherrn des Ruhrreviers beschloffen, keine Bauten mehr ausführen zu lassen, weil die Bau-arbeiterlöhne „zu hoch“ seien.

Wie steht es nun mit den „hohen“ Bauarbeiterlöhnen? Zu-nächst ist zu beachten, daß die Bauarbeiter Saisonarbeiter sind. Die allwöchentlich vom Baugewerksbund vorgenommenen Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Bereiche seiner Mitglieder ergeben, daß in diesem Jahre an einem Fünftage der Höchststand an Arbeitslosigkeit 24,3 Proz., der niedrigste Stand 3,16 Proz. war. Immer waren Arbeits-lose vorhanden, womit auch zugleich das Unternehmerrisiko über den „Bauarbeitermangel“ abgetan ist.

Nun zu den „hohen“ Bauarbeiterlöhnen selbst. Auch darüber nimmt der Baugewerksbund von Zeit zu Zeit Erhebungen auf; die letzte über die Löhne wurde Mitte Juni veranstaltet. Dabei wurden 80 Lohngebiete erfasst und die Realwochenlöhne errechnet. Von dem richtigen Grundlag ausgehend, daß die Reichsmehrziffer (damals 136) nicht die wirkliche Lohnminderung widerspiegelt, wurde diese Ziffer auf 150 gesetzt, was unseres Erachtens auch noch reichlich niedrig ist. Setzt man als Mehrziffer die Zahl 150 ein, so bleiben von den 80 Lohngebieten nur noch 6 übrig mit einer Stei-gerung von 50 bis 60 Proz., und 9 mit 60 und 70 Proz. über den Vorkriegslohn. Die wirkliche Teuerung zugrunde gelegt, dürfte demnach der Reallohn in den bestbezahlten Orten dem Vor-kriegslohn ungefähr gleichstehen. In 39 von den 80 Lohn-gebieten haben die Maurer noch nicht einmal den Lohn nach der lumpigen Reichsmehrziffer erreicht! Bei den Hilfsarbei-tern liegt es ähnlich.

Damit ist aber auch das nicht mehr endemollende Geschrei der Unternehmer über die „hohen“ Bauarbeiterlöhne gründlich wider-legt. Was ist das überhaupt für eine Unternehmerrrechnung, wenn die Reallohn von 1925 denen von 1914 gegenübergestellt werden! Selbst wenn 1925 wirklich der Reallohn für alle Arbeiter erreicht wäre, so bedeutete auch dies einen Stillstand in der Arbei-terkultur von 11 Jahren! Will einer behaupten, ohne Welt-krieg ständen die Arbeiterlöhne in Deutschland immer noch so wie 1914?

Wo die Ursachen der Teuerung auf dem Baumarkt liegen, dafür einige Stichproben: Im Juli 1914 kosteten noch der „Besideutschen Rundschau“ vom 15. Juni 1000 Rauersteine frei Waggon Berlin 18,50 M., im März 1925 49 M., im April 1925 ein ganzer Grobwachterpreis auf den Bucherpreis von 44 M. zuzü. Ziegel kosteten im Juli 1914 das Tausend 29 M., am 1. April 1925 dagegen 66 M.! Hier nimmt man also weit mehr als den doppelten Preis! Darüber regt sich jedoch kein Unternehmer

auf, und die Behörden sehen diesem Bucher seelenruhig zu. Aber die Arbeiterlöhne — ja, Bauer, das ist etwas anderes. . . Der einzige wirkliche Verbilligungsfaktor auf dem Baumarkt ist heute, die Verhältniszahlen zugrunde gelegt, nur noch der Bauarbeiterlohn. Alles andere steht im Preise bedeutend höher.

In den jetzt entfeffelten Bauarbeiterkämpfen geht es dem Unternehmertum darum, ihre Grundhöhe hochzuhalten: Nied-rige Löhne, lange Arbeitszeit, höchste Bucher-preise.

Die Bauarbeiter Deutschlands haben bisher alle Sturmangriffe der Bauunternehmer auf den Achtstundentag abgeschlagen. Ihre Kämpfe gelten der weiteren Verbesserung ihrer wirt-schaftlichen Lage, nicht zuseht auch der Wiedergewinnung jener Sozialerregungs-schaften, die ihnen in früheren Jahren die Bauunter-nehmer tariflich vertriebt hatten. Bei diesen gerechten Kämpfen der Bauarbeiter unsere Sympathie und unsere Solidarität!

Kündigung des Lohnvertrages bei der Reichsbahn.

Mitte August Verhandlungen mit der Hauptverwaltung.

Nach längeren Verhandlungen, die am gestrigen Dienstag stattfanden, ist von den Tarifgewerkschaften der Reichsbahnarbeiter der Beschluß gefaßt worden, den mit der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft abgeschlossenen Lohnvertrag zum 31. August zu kündigen. Der gegenwärtige Lohnvertrag sieht sieben Lohngruppen für männliche Arbeiter und eine achte Lohn-gruppe für die weiblichen Arbeiter vor. Die Tarifgewerkschaften, die durch den Abschluß des neuen Lohnvertrages im wesentlichen eine allgemeine Erhöhung der Löhne erzielen wollen, werden nunmehr zwecks detaillierter Formulierung ihrer Forderun-gen in Verhandlungen eintreten. In den Verhandlungen, die die Gewerkschaften untereinander führen werden, wird auch die Frage geprüft, ob der Manteltarifvertrag ebenfalls zu dem gleichen Termin gekündigt werden wird. Nachdem über diese Einzelheiten einstimmig erzieht worden ist, werden mit der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnvertrages gepflogen werden, die aber nicht vor Mitte August stattfinden werden.

Das Berliner Arbeitersekretariat 1924.

Am 15. Oktober 1924 konnte das Berliner Arbeitersekretariat auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Auf die Entstehung und die Geschichte des Sekretariats an dieser Stelle einzugehen, erübrigt sich, darüber ist im „Vorwärts“ am Untertage des Sekretariats ein-gehend berichtet.

Im Berichtsjahr wurde das Arbeitersekretariat von insgesamt 6935 Ratuchenden in Anspruch genommen, denen in 7793 Fällen Auskunft erteilt wurde.

Von den Auskunftsuchenden gehörten 6053 Personen gleich 87,05 Proz., den gewerkschaftlichen Zentralverbänden an.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1770 Schriftsätze angefertigt. Davon entfielen auf die Arbeiterversicherung 997, auf den Arbeits- und Dienstvertrag 70, auf das bürgerliche Recht, auf das Straf-gesetz, Gemeindeangelegenheiten, Militärversorgung, Privat-, bzw. Angehörtenversicherung, Steuerfragen usw. 733.

Von den Ausfällen entfielen auf die Arbeiterversicherung 4463, gleich 57,33 Proz. aller Ausfälle. In erster Stelle auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung steht auch in diesem Berichtsjahr die Unfallversicherung mit 62,07 Proz., dann folgt die Invaliden-versicherung mit 849 gleich 19,02 Proz., die Krankenversicherung mit 787 gleich 17,62 Proz.

Die persönliche Vertretung erfolgte in 327 Fällen mit 395 Ter-minen; davon entfielen auf das Reichsversicherungsamt bzw. Reichs-versicherungsgericht 27, auf das Oberversicherungsamt 261, auf das Gewerbe- und Kaufmannsgericht 13, auf das Amtsgericht 13, auf das Reichswirtschaftsgericht 2, auf Schaden- und Haftpflichtversiche-rung 11.

Der Ausgang des Rechtsstreits wurde dem Sekretariat in 357 Fällen bekannt. Das Resultat war in 253 Fällen für die Arbeiter bzw. Arbeiterinnen erfolgreich, in 104 Fällen — hier sind auch die am Jahreschluss noch nicht erledigten Fälle mit ein-begriffen — erfolglos. Von den mit Erfolg vertretenen Fällen wurde in 11 Fällen durch die mündliche Verhandlung des Sekretärs mit den Parteien im Vergleichswege ohne den Klageweg zu be-schreiten, ein günstiges Resultat für die Arbeiter erzielt.

Ein Teno-Streich.

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in der Morgen-ausgabe vom 18. Juli eine Mitteilung des Deutschen Baugewerks-bundes, wonach durch das ungeschickte Vorgehen der Technischen Nothilfe Spundwände durchbrochen wurden, so daß der Bau-gewerksbund, der alle Rotstandsarbeiten ausführt, sich bereit erklären mußte, diesen von der Teno hervorgerufenen Notstand zu beseitigen.

Dazu schickt uns die Hauptstelle der Technischen Nothilfe eine Berichtigung. Es sei nicht richtig, daß die Spundwände infolge ihres Eingreifens durchbrochen worden seien, daß vielmehr von ihr die Ausschachtung des Baugrundes entfernt von der Durchbruch-stelle vorgenommen worden sei und daß der Durchbruch an einer Spundwand erfolgt ist, die der Bauleitung bereits vor dem Einfall der Teno als Gefahrenstelle bekannt war. Es sei auch nicht wahr, daß diese nach Entstehung des Notstandes das Feld geräumt

habe, sondern sie sei vielmehr damit beschäftigt gewesen, die ge-fährdete Stelle der Grube durch Aufschüttungsarbeiten zu sichern. Die Teno werde erst zurückgezogen, wenn der Baugewerksbund die neue Spundwand aufzuführen werde, was dieser zum 21. früh in Aus-sicht gestellt hatte.

Dazu wird uns vom Baugewerksbund erklärt, daß eine der-artige Spundwand nicht von selbst durchbräche. Der materielle Nach-weis, daß die Teno den Durchbruch verschuldet habe, ließe sich gewiß schwer erbringen, jedoch sei es für jeden Sachverständigen klar, daß dort Unberufene tätig gewesen sein müssen und den Unfall ver-ursacht haben.

Aufreizung zum Klassenhaß.

Durch die Schwerindustrie.

Bochum, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Unternehmer der nordwestlichen Gruppe (Metallindustrie) nehmen bittere Rache an der Arbeiterschaft, weil der Lohnschiedspruch vom 25. Juni 1925 am 7. Juli d. J. vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist, und entlassen Tausende von Arbeitern mit der Begründung, daß sie die 4 Pf. Lohnerhöhung, die der Schiedspruch der Arbeiterschaft brachte, nicht tragen können. Eine Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Essen, nahm zu dieser Situation Stellung. Die Berichte ergaben, daß die Unternehmer auf Grund des Schiedspruchs die Entlassungen vornehmen und aus dieser Tatsache selbst kein Hehl machen. Die Ge-werbeaufsichtsbehörden geben nur allzuleicht die Genehmigung zu Entlassungen und Kündigungen. In einer Reihe von Betrieben werden Überstunden gemacht, die natürlich in einem traffen Mißverhältnis stehen zu den Maßnahmen der Unternehmer. Die Konferenz beauftragte eine Kommission, bei den Regierungstellen vorstellig zu werden, um dort zu verlangen, daß die Gewerbeauf-sichtsbehörden erst nach sorgfältiger Prüfung alle Anträge auf Ent-lassung oder Kündigung und immer erst dann genehmigen, wenn eine unbedingte Notwendigkeit vorliegt.

Schiedspruch im Pforzheimer Streit.

Pforzheim, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Zur Beilegung des Streikes in der Pforzheimer Schmutzwarenindustrie trat am Dienst- tag nachmittag unter dem Vorsitz des Schlichtungsausschusses vor-sitzenden eine Verhandlungskommission zusammen, die bis in die Abendstunden erfolglos verhandelte. Die nach dem Scheitern der Verhandlung sofort zusammengetretene Schlichtungsgemeinde schloß darauf einen Schiedspruch, nach dem der Spinnenmindestlohn für den 25jährigen gelerntem Arbeiter bis zum 31. Juli 06 Pfennige, ab 1. August 68 Pfennige und ab 19. September 80 Pfennige betragen soll. Bisher wurde nur ein Stundenlohn von 60 Pfennigen gezahlt. Am Donnerstag vormittag werden die 34 000 im Streit befindlichen Arbeitnehmer der Pforzheimer Schmutzwarenindustrie durch Ur-abstimmung zur Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu entscheiden haben.

Entspannung im englischen Bergbaukonflikt.

London, 21. Juli. (E.P.) Die Grubenbesitzer haben heute nach-mittag beschlossen, den Grubenarbeitern neue Vorschläge zu unterbreiten. Diese werden gegenwärtig vom Vollzugsausschuß der Grubenarbeitergewerkschaften geprüft. Man nimmt an, daß sie als genügend erachtet werden, und daß die Unterhandlungen zwischen den beiden Parteien innerhalb 48 Stunden wieder aufgenommen werden können. Der Generalsekretär der Grubenbesitzerunion hat heute nachmittag erklärt, daß die Rückkehr zur Gold-währung zum Teil für die gegenwärtige Krise in der Kohlen-industrie verantwortlich sei, weil dadurch die Produktionskosten per Tonne Kohle um einen Schilling per Tonne gestiegen seien.

Die Delegierten der Bergarbeiter haben heute nachmittag in einer Jahreskonferenz eine einstimmige Entschliebung angenom-men, in der sie den Grubenbesitzern im Falle eines Streikes finanzielle und moralische Unterstützung zusichern.

Wählung, Bauanschläger! Die Bauhilfsvereine Jacob, Lichten-berg, Lichtenberg, Zwischenmeister, Anschläger, Billi Schöning, Reußhain, Siegfriedstr. 55, ist für Bauanschläger wegen Tarifbruch g e s p e r r t. (Bei Lichtenberg, Anortbremse.) Die dort beschäftigten organisierten Bauhilfsler erühen wir um kraftvolle Unterstützung.

Die Belegschaft der Firma Otis, Aufzugwerke, Abt. Stadtlager, Berlin, Alte Jakobstr. 28-24, befindet sich seit dem 20. Juli wegen Lohnminderungen im Streik. Es wird erwartet, daß die Arbeiterschaft strengste Solidarität löbt und den Betrieb unter allen Um-ständen meidet.

Deutscher Baugewerksbund, Kaderngruppe der Glaser. Am Donnerstag, nach-mittags 10 Uhr, Streikversammlung im Gemeindefesthaus, Gosl. 2. Alle Kollegen haben zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Kaderngruppe der Kohler. Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, Streikversamm-lung der Kohler im Gosl. 3 des Gemeindefesthauses, Gosl. 11/12. Wohl-schliches Erscheinen ist dringend erforderlich. Die Kaderngruppenleitung.

Verantwortlich für Vollst.: Wilhelm Schmitt; Schriftföhr.: Arthur Salzenberg; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Erik Karst; Anzeigen: Th. Glöck; Vertrieb in Berlin, Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt, Gosl. 11/12, Berlin G. B., Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikaufträge übergibt man nur dem Redakteur des Deuts. Musikerverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4310, 4018), Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 3 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

4 billige Anzug-Tage

Von Mittwoch, dem 22., bis Sonnabend, dem 25. Juli

Sakko-Anzüge

Serie I.

Einzelne Herren-Anzüge in verschiedenen Mustern, gute Qualität . . . 25.—

Serie II.

Herren-Anzüge aus sehr haltbaren Stoffen, schön gemusterte Cheviots und Donegalstoffe . 33.—

Serie III.

Unser Schlager! Herren-Anzüge aus schön gemust. Woll-Homespun u. Woll-Cheviots in vielen Farben, bei sehr guter Verarbeitung u. Zutaten 38.—

Serie IV.

Herren-Anzüge aus vorzüglichem Wollstoff, sehr geschmackv. Muster, beste Verarb. u. Zutaten 46.—

Herren-Jackett-Anzüge, Ersatz f. Maß, aus nur guten bis zu den besten Stoffen jeglicher Art in blau und farbig, bei guter Verarbeitung, dem verwöhnte-sten Geschmack entsprechend 85.—, 72.—, 65.— 54.—

Knaben- und Jünglings-Anzüge

jeder Art in nur guten Qualitäten, Sport-, Jackett- und anderen Formen, bei bestem Sitz und guter Verarbeitung zu billigsten Preisen in großen Mengen am Lager

Herren-Sport-Anzüge, Ersatz für Maß, in guten bis besten Stoffen jeglicher Art bei modernster Ver-arbeitung, tadelloser Sitz . . 82.—, 73.—, 65.— 58.—

Sport-Anzüge

Serie I.

Herren-Anzüge, bestehend aus Sportjackett und Breeches aus modern gemustertem Buckskin . . 22.—

Serie II.

a) Herren-Anzüge aus gestreiftem Gabardinestoff, bestehend aus Sportjackett und Breeches, b) Anzug aus waschbarem Kord in verschiedenen Farben, sehr haltbar, c) Manchester-Anzüge, Jackett in Sportform, ganz gefüttert, mit Breeches 29.—

Serie III.

Einzelne Sportanzüge verschiedener Art aus Homespun, Loden und anderen Stoffen 38.—

Serie IV.

Gabardine-Anzüge, vierteilig mit Breeches u. langer Hose und viele einzelne dreiteilige Anzüge . . 47.—

BAERSONN A.-G.

nur Chausseestraße 29-30



In den Jahren der Inflation wurde die deutsche Weltstadt von Abenteurern und Genüßmenschen aus aller Herren Länder überschwemmt. Den traurigen Verkommenen weiter Volkskreise gefellte sich ein anderes Uebel, das durch ein hemmungsloses Ueberhäumen und durch die bunte Gegenständlichkeit zu feinem inneren Wesen fast noch fraglicher und erschütternder wirkte wie das hilflose Untergehen mühsamer Menschen. Berlin, eine Stätte nicht einmal langsam schleichenden Todes, schien Lummelplatz ausgelassener Freude zu sein. In furchterregender Fülle drang Blüß in die Jugend ein — nicht nur seelisch, auch äußerlich und sichtbar.

Die Kokainfiende

mit all ihren abstoßenden Nebenwirkungen ergriff und verzehrte, was Ueberchwang an Lebensfreude schenkte, wurde zu bewußtem oder unglückseligem Spiel mit dem Tod. Höhlen niedrigster Art, oft deshalb gefährlich, weil sie sich mit Reizen des künstlerischen und Gesellschaftlichen umgaben, wurden für viele zu Heim — und Grab. Als der Inflationsput entschwand — und mit ihm das freudengierige Zuständertum übler Art —, blieb ein trauriger Rest zurück: Menschen, die die Arbeit verlernt hatten und nicht mehr von unzeitigen Angewohnungen wegließen, Inzassen von Irrenanstalten, von Gefängnissen und Wälen. — Soweit nicht die Bielen ihr Leben selbst wegwarfen oder bekenntniswert zugrunde gingen. Die gesteigerte Lebenslust, über die Grenzen des Tollen hinaus getrieben, war nichts anderes gewesen als ein Spiel mit dem Tode. Und dies ist heute noch nicht geschwunden, ja, es wirkt jetzt, anfeindet jeden tückischen Reizes, in seiner ganzen erschreckenden Tiefe. Die Zahl derer, die jeden Halt verloren haben, meist junge Menschen, ist kaumlich groß. Und junge Menschen sind es wieder, die am leichtesten ihr Leben wegwerfen. Die Entartung der Jugend, eine Folgeerscheinung von Kriegserziehung und dem Abenteuergeist der Inflation, ist eines der traurigsten Kapitel des öffentlichen Lebens. Nicht genug kann das Augenmerk aller Menschenfreunde darauf gelenkt werden. Wären die polizeilichen Fürsorgeeinrichtungen auch besser als sie sind, würde ein entlassener Gefangener, verurteilt durch den Strafprozess und durch dessen oft unglückliche Eigenart dem freien Leben nur schwer gemacht, auch wenige Widerstände zur Erlangung von Arbeit und Brot zu überwinden haben — es ist immer noch nicht das, was einen Menschen dauernd für das Leben retten und zum Leben erziehen kann. Was wir für unsere Jugend vor allem brauchen, das ist

der Glaube an die Heiligkeit des Lebens,

ist die ungeheure moralische Kraft des Gemeinschaftsgedankens, dessen Verlust dem Menschen das letzte an Halt und Hoffnung nimmt. Ist es uns darum zu tun, die verhängnisvollen Spuren von Ausnahmeszeiten wieder zu zerstören, dann haben wir, ganz gleich, wie wir politisch als erste Menschen denken, unter die Jugend die Grundzüge eines edlen, eines allein würdigen Lebens zu tragen, haben unbekümmert darum, ob es von allen gebilligt wird oder nicht, die Grundzüge wirken und Gestalt gewinnen zu lassen, die sich allein der menschlichen Seele gegenüber bewähren und das ist die Ethik des Jugendlichen, die auf Opferfreude und Gemeinschaftsdienst gerichtet ist. Besagt es einer nicht, daß Ethik als Erlebnis zu wenig an den Jugendeingangsporten des Lebens steht, so mag er Stills-

Trost im Eis.

Die außergewöhnliche Temperatur in diesen Hundstagen stellt an die Eiswerke Berlins die allergrößten Anforderungen. Die kleineren Eisfabriken sind kaum oder gar nicht in der Lage, dem erhöhten Konsum nur annähernd Rechnung zu tragen. Hier müssen die großen Eisfabriken einspringen, die mit ihren riesigen Maschinenanlagen Tag und Nacht arbeiten, um der Nachfrage einigermaßen gerecht zu werden. Während am Montag die Norddeutschen Eiswerke allein etwa 6800 Zentner teilsfreies Eis ausgefahren haben, wird die Menge, die in der Nacht bis um 12 Uhr erzeugt wurde, die oben genannte Zentnerzahl „noch um einige Hundert übersteigen“. In erster Linie werden die Krankenhäuser mit der nötigen Menge Eis versorgt. Es ist also keinesfalls zu befürchten, daß hier eine Unterbrechung in der Eislieferung eintritt. Dann folgen die Restaurationen und Kaffeehäuser sowie die liegenden Eisbänker, die sogenannten „Eismäker“, die mit ihrem Wägelchen an der Straßenecke stehen und Speiseeis verkaufen. Wenn man den heutigen Verbrauch an Eis in Groß-Berlin zusammenschaut, so dürfte man diesen mit 40 000 bis 45 000 Zentner durchwegs nicht überschätzen. Auffehen erregt es, wenn in den Vormittagsstunden die Eistransportwagen ihr kostbares Gut entladen. Es ist Ferienzeit — und viele Jungen und Mädchen verfolgen solche ein eispendendes Gefährt, um ein heruntergefallenes Stückchen klein zu erhaschen. Die Hitze ist eben groß, und jeder, ob groß oder klein, sucht so gut er kann, die unerträgliche Temperatur herabzumildern.

Großer Waldbrand bei Bernau.

Am Dienstag vormittag brach in dem Waldgebiet zwischen Bernau und Wandlitz ein größerer Waldbrand aus, der infolge der großen Dürre mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Die

Wälder der Weltstadt durchblättern oder eine der zahllosen Kellertneipen des Verkommens besuchen, in denen meist Jugendliche zu finden sind. Oder er mag es dem Zufall überlassen, bis er in grauenvoller Weise belehrt wird. Vielleicht genügt ein einziger Fall, um dies Grauen zu wecken. Es gibt solche Fälle, die nie aus der Erinnerung schwinden. Nur ein Beispiel. Es ist Morgen. Im



eine Sandkiste am Schiffbauerdamm stehen Polizisten. Ab und zu wird der Deckel gehoben. Sogleich aber wieder sinken gelassen. In dieser Sandkiste liegt die Leiche eines blutjungen Selbstmörders — in der Hand den Revolver, im Munde die Zigarette.

Niemals ist mir so furchterregend das Spiel mit dem Tod entgegengesetzten. Röge jeder helfen — es geht um Schweres, aber auch um Dankenswertes!

Bernauer Feuerwehr, ebenso die Freiwilligen Feuerwehren aus den umliegenden Dörfern eilten herbei, um den Brand zu bekämpfen. Die Eindämmungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da hier und dort das Feuer immer wieder aufloderte und übergriff. Die Bemühungen der Wehren werden fortgesetzt. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich, da das Feuer eine große Ausdehnung erlangt hatte und größtenteils wertvolles Laubholz vernichtet wurde. Die Entstehungsurache konnte noch nicht festgestellt werden, ist aber vermutlich auf die Unvorsichtigkeit von Ausflüglern zurückzuführen.

Auch eine Rindendeckführung.

Eine wilde Jagd konnte man am Dienstag morgen gegen 8 Uhr auf der Chaussee zwischen Michendorf und Potsdam beobachten. Ein elegantes Auto, in dem drei Personen mit einem hübschen, etwa vierjährigen Rinde Plah genommen hatten, fuhr in schnellstem Tempo die Chaussee entlang, verfolgt von einem anderen Kraftwagen, dessen Injassen laut rufend versuchten, die Passanten auf den vorderen Wagen aufmerksam zu machen. Da, an der Biegung der Chaussee, bog sich der Herr, der das Rind in seinen Armen hielt, etwas weit aus dem Wagen heraus; das Rind entfiel seinen Armen und flog, sich überschlagend, auf die Straße. Im letzten Augenblick vermochte noch der verfolgende Wagen auszuweichen, wodurch das bewußtlos daliegende Rind vor dem Ueberfahrenwerden bewahrt wurde. Beide Wagen wurden hierauf zum Halten gebracht; man hob das Rind auf und legte — die Puppe in den Wagen. „Schluß!“ rief da plötzlich jemand. Der Mann mit dem Kurbelkasten kam hervor, nahm im Auto Platz, und in schneller Fahrt ging es nach Potsdam. Es war mal wieder eine Film-aufnahme. Wie nun aber, wenn, was doch möglich ist, es wirklich einmal Ernst ist und das Publikum glaubt, es sei nur eine Film-aufnahme?

Am Feuer!

Seugend brennen die Sonnenstrahlen, schier unerträglich ist die Hitze. Der Asphalt raucht! Menschenleiber dampfen und suchen Schutz und Abkühlung. Doch er, der den Maschinen neue Lebensgeister einblasen muß, er steht ungeschützt, der Oberkörper nackt, vor den Feuerbuzen und wirft ungezählte Schaufeln von Kohle in den nimmerfalten Kachen. Er, der Heizer! Schweiß perlt, rieselt wie ein Bächlein. Der Gaumen, die Lippen trocken, der Atem heiß, die Brust leucht.

„Kohle! Kohle!“ Das Zauberwort spornet zu neuen Anstrengungen. Schlafen! Mit einem Ruck fliegt die Kesseltür auf. Das Feuer leckt an seinem Körper, die Augen schmerzen, die Hände verbrennen fast. Schnell! Schnell! Weiter! Weiter! Keine Kraft, kein Aufatmen! Er muß Seine Arbeitsbrüder, die in der Werkstatt an den Maschinen stehen, ermahnen es von ihm. Still, ungedrosselt, ohne Klagen, ohne Murren hält er aus. Acht Stunden. Es ist unmenslich bei dieser Bodofenglut. Wer denkt an ihn? Wer kümmert sich um ihn?

Endlich ist er frei. Wie zer schlagen wantt er nach Hause. Ach, wie schön ist es doch hier draußen. Und da gibt es noch Menschen, die über unerträgliche Hitze klagen? Geht zu ihm und den Leugnenden anderen Werkstätigen, die in solcher Glut schwer schuften müssen, nur um ihr Leben notdürftig zu fristen, und lernt an ihnen, daß man selbst diese Hitze ertragen muß und ertragen kann.

„Mieterfreunden.“

Wer die Berliner Mietkajernen kennt, der jehnt sich noch einen kleinen Eigenheim. Du brauchst aber, wenn Du das Mieterleben satt kriegen willst, noch nicht mal in eine dieser großen Mietkajernen zu gehen. Auch in den auf nur zwei oder drei Wohnzimmern bemessenen Kleinhäusern, wie man sie in vielen Vororten hat, kann Dir als Mieter das Paradies, das Du zu finden gehofft hattest, zur Hölle werden. Eine mehr oder minder merkwürdige Gespanntheit des Verhältnisses zwischen dem Wirt und den Mietern ist für die Großstadt kennzeichnend, und zwar so sehr, daß darin fast eine unvermeidliche Zutat großstädtischer Mietwohnungen gesehen wird. Wir wollen hier nicht die Frage aufwerfen, ob das wirklich so sein braucht, sondern nur die Tatsache feststellen, daß es leider in der Regel so ist. Von Leuten, die lange genug in Kleinhäusern der Vororte als Mieter gewohnt haben kann man die Versicherung hören, daß dort die Beziehungen zwischen dem im Hause wohnenden Wirt und „seinen“ Mietern oft noch unfreundlicher als in den Mietkajernen der Innenstadt seien. Die Eigenart vieler Vorortkleinhäuser bringt es mit sich, daß dort, sobald es zu Unstimmigkeiten zwischen Wirt und Mietern kommt, sich vielleicht noch mehr Reibungsflächen als in den großen Mietkajernen bieten.

Aus dem benachbarten Blankenburg an der Vorortstraße nach Bernau erhalten wir eine Schilderung, die auf die „Mieterfreunden“ der Kleinhäuserbewohner ein sehr unerfreuliches Licht wirft. In dem nur drei Wohnungen enthaltenden Hause Sudeoder Straße 64 sind, nachdem das Grundstück an einen neuen Eigentümer übergegangen und dieser mit einem Verwalterpaar in die Wirtswohnung gezogen war, mehrfach recht unliebsame Auseinandersetzungen mit den beiden zur Miete wohnenden Familien vorgekommen. Als die Geldentwertung fortschritt und die Berechnung der von den Mietern durch Umlage aufzubringenden Anteile der Häuser nur zu leicht die Beziehungen zwischen Wirt und Mietern trübte, gab es auch im Hause Sudeoder Straße 64 wegen der Umlage schließlich Differenzen. Die Gerechtigkeit nahm zu, und die aus der Wirtswohnung gemieteten Mieter hielten es für geboten, die Miete nicht mehr an den Wirt oder an seine Verwalterin zu zahlen, sondern beim Amtsgericht zu hinterlegen. Das und andere Zwistigkeiten führten zur Räumungsfrage, die unerwarteterweise vor dem Amtsgericht und in der Berufungsinstanz auch vor dem Landgericht zugunsten des Wirtes endete. Die Mieter wurden, weil die Miete nur hinterlegt, aber nicht vertragsgemäß gezahlt und der Wirt durch die Zwistigkeiten belästigt worden sei, zur Räumung verurteilt. Das Urteil ist, da die Befassung von Ersatzwohnungen zur Bedingung gemacht wurde und diese Bedingung noch nicht vom Wohnungsamt erfüllt ist, bisher nicht vollstreckt worden. Inzwischen sind die Beziehungen zwischen der Wirtswohnung und Verwalterfamilie und den beiden Mieterfamilien nicht besser, sondern noch schlechter geworden, so daß es sogar schon zu Tatsächlichkeiten gekommen ist. Die Mieterfamilien geben die Schuld besonders der Verwalterin, die sie als überaus reizbar schildern. Von der anderen Seite ist natürlich eine entgegengesetzte Darstellung zu erwarten, und das hat sich auch bei den Gelegenheiten gezeigt, wo die Streitigkeiten vor Gericht kamen. Außer der Räumungsfrage gab es auch zwischen der Verwalterin und einem der Mieter eine Klage und Widerklage wegen Beleidigung und Körperverletzung und eine Meldeanzeige gegen die Verwalterin, doch hat hier die Staatsanwaltschaft zur großen Verwunderung der Mieter sich auf die Seite der Verwalterin gestellt und die Anklageerhebung abgelehnt. Das Letzte war ein Zusammenstoß, bei dem ein Kopf der Verwalterin dem einen Mieter gegen den Kopf flog. An dem daraus entstehenden Handgemenge beteiligte sich auf der Seite der Verwalterin ihr Sohn und der Wirt, dem bedrängten Mieter kam der andere Mieter zu Hilfe. Hier soll Aussicht vorhanden sein, daß zugunsten des ansans auf den Weg der Privatklage verwiesenen Mieters doch noch die Staatsanwaltschaft einschreitet.

Das Haus liegt in freundlicher Umgebung, aber wer an ihm vorbeigeht, ahnt nicht, wie den Bewohnern der Luftschall verhallt ist. Bei normalen Wohnungsverhältnissen, wie wir sie jetzt unter den Nachwirkungen des Krieges leider noch lange nicht haben, könnte solchen Zuständen durch Wechsel der Wohnung rasch ein Ende gemacht werden. Die Schriftsätze zur Räumungsfrage des Wirtes haben den Mietern alles Mögliche nachgesagt und sie der Schikane beschuldigt. Ach, die Mieter werden froh sein, wenn ihnen endlich geeignete Ersatzwohnungen beschafft werden und sie ausziehen können. Vielleicht finden sich Nachfolger, zu denen die Wirtswohnung und Verwalterfamilie besser paßt. In den Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit diesen unerquicklichen Zuständen entstanden sind, haben übrigens auch politische Gegensätze eine Rolle gespielt. Zugunsten der Mieter glaubte die Gegenpartei geltend machen zu können, daß sie „Kommunisten“ seien. In einer Nacht soll sogar ein beträchtliches Polizeiaufgebot in der Wohnung der Wirtswohnung und Verwalterfamilie anlagert haben, um die Mieter zu beobachten. Die Mieter sind totschlich Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Auch ein bei der einen Mieterfamilie in Schlafstelle wohnender Arbeiter, der später zur Schutzpolizei ging, wurde dort — man weiß nicht sicher, von wem — als „Kommunist“ denunziert. Das mußte ausgerechnet ihm widerfahren, dem die Kommunisten, weil er gleichfalls Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, ihren Haß reichlich zu kosten gegeben haben.

Mitarbeit der Frau bei der Verfassungsfeier.

Bekanntlich liegt in den Händen des Reichsbannerführers Schwarz-Moi-Gold die Vorbereitung der großen Verfassungsfeier in Berlin, die gleichzeitig die Tendenz der großen großdeutschen Tag in sich trägt. Da nun im Reichsbanner sich nur die männlichen Republikaner

sammeln, wäre die Mitarbeit der republikanischen Frauen zur Vorbereitung der Verfassungsfeier ausgeschlossen. Das Reichsbanner ist jedoch im Hinblick darauf, daß die Verfassungsfeier eine Volksfeier im wahren Sinne des Wortes sein soll, jetzt an die Frauenorganisationen der republikanischen Parteien herangetreten und hat sie zur Mitarbeit aufgefordert.

Spart mit dem Wasser!

Täglicher Verbrauch von 1 Million Kubikmeter Wasser

Der Wasserverbrauch in Berlin ist in den letzten Tagen wieder ganz erheblich gestiegen. Täglich werden jetzt in Berlin annähernd rund 1 Million Kubikmeter Wasser verbraucht, davon liefern die städtischen Wasserwerke mehr als die Hälfte, nämlich täglich rund 510 000 Kubikmeter und die Charlottenburger Wasserwerke 206 000 Kubikmeter, während der Rest auf die Großbetriebe, Eisenbahn und Selbstversorger ohne Anschluß an eine Wasserleitung entfällt. In vielen Stellen ist der Grundwasserbestand gesunken. Zahlreiche Bäume, die infolge der anhaltenden großen Hitze mehr Wasser als sonst verbrauchen, sterben ab, verlieren die Blätter und vertrocknen. Man kann dies am Dönhofsplatz und in vielen Straßen beobachten. Angesichts dieser Kalamität und im Hinblick auf das Fallen der Wasserspiegel der Spree, Havel, Dahme sowie sämtlicher märkischer Seen wird darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Bevölkerung ist, den Wasserverbrauch einzuschränken, damit wir über diese Trockenperiode hinwegkommen. Bei weiter anhaltender Dürre und weiter steigendem Wasserverbrauch ist es nicht ausgeschlossen, daß eine abermalige empfindliche Wassernot eintritt, besonders wenn das Grundwasser weiter fällt und die Brunnen nur geringere Wassermengen liefern. Wie sehr der Wasserverbrauch in Berlin zugenommen hat, geht schon daraus hervor, daß die städtischen Wasserwerke heute rund 50 000 Kubikmeter Wasser täglich mehr fördern als 1922. Wer also eine unangenehme Störung in der Wasserbelieferung vermeiden will, der schränke seinen Wasserverbrauch etwas ein, bis die Trockenheit vorüber ist.

Die Einladung zu einer Tasse Kaffee.

Wie weibliche Jugend verdorben wird.

Ein altes Märchen wurde von der Kriminalpolizei in dem Hause Willibald-Megis-Straße 4 ausgehoben, dabei kam es zur Feststellung von geradezu haarsträubenden Einzelheiten. In dem genannten Hause wohnte im hohen Erdgeschoß des Seitenflügels eine 50 Jahre alte Frau Franke, die vor 7 Jahren aus Staßfurt nach Berlin kam. Die jüngste Tochter dieser Frau, eine Ida Franke, die auf der Straße Männerbekanntschaften sucht und unter der Aufsicht der Polizei steht, zog nun junge Burtschen an sich und diese wieder holten junge Mädchen heran. Zu dem Zwecke standen sie besonders im Viktoriapark, lauerten dort Mädchen auf, sprachen sie an und luden sie ein, mit ihnen bei ihrer Tante in der Willibald-Megis-Straße 4 eine Tasse Kaffee zu trinken. Die Mädchen, die ihnen ins Garn gingen, wurden in dem Quartier, zwei Stuben und Küche, die ebenso wie die dürftige Einrichtung vor Schmutz starrten, vergewaltigt. Mit anderen, an denen schon nicht mehr viel zu verderben war, feierten die jungen Burtschen die wildesten Orgien. Kriminalbeamte, denen solche Burtschen in den Anlagen aufwießen, folgten ihnen heimlich, überprüften 4 in dem Quartier und nahmen sie fest. Andere werden noch gefolgt. Es sollen 15 bis 16 Jungen beteiligt sein. Weil sie sich untereinander nur mit ihren Spitznamen riefen, so sind auch nur diese bekannt. Vergewaltigte Mädchen, die vielleicht aus Angst vor ihren Eltern die Vorkommnisse bisher verheimlicht haben, werden unter Zusage strengster Verschwiegenheit dringend ersucht, sich bei Kriminalkommissar Johannes Müller im Polizeidienstgebäude in der Magasinstraße zu melden, ebenso andere Leute, die das unsaubere Treiben beobachtet haben. Frau Franke wurde vorläufig in Gewahrsam genommen.

Die Kopfbedeckung der Schutzpolizei.

Unter der augenblicklich herrschenden großen Hitze leiden naturgemäß besonders die Verkehrsbeamten der Schutzpolizei. Um ihnen ihren schweren Dienst zu erleichtern, sind verschiedene Arten der Kopfbedeckung ausprobiert worden. So hat man auch versucht, die Verkehrsbeamten ihren Dienst in der Mütze verrichten zu lassen. Aber auch die Mütze bietet keine nennenswerten Erleichterungen gegenüber dem Tschako, da sie keine Ventilationsöffnungen hat. Man ist dann dazu übergegangen, die schwarzen Tschakos der Verkehrsbeamten zunächst probeweise mit weißen Lederzügen zu versehen, um die Konzentration der Sonnenstrahlen durch die schwarzen Tschakos nach Möglichkeit zu vermeiden. Augenblicklich stellt Professor Jahn von der hygienischen Abteilung der Universität Berlin Versuche an, um durch Messungen der durch die verschiedenen Kopfbedeckungen erzeugten Wärmegrade die zweck-

mäßigste und luftigste Kopfbedeckung für die Verkehrsbeamten zu bestimmen. Hoffentlich kommt man recht bald aus dem Stadium der Versuche heraus zu einem praktischen Ergebnis, von dem die geplagten Schutzpolizisten auch noch etwas haben. Im Grunde genommen hätte man den Beamten schon längst diese Erleichterung schaffen sollen. Die gesamte Uniformierung mit ihren schweren, eng anliegenden dunklen Stoffen, die die Hitze geradezu ansaugen, muß übrigens als für den Sommer ganz unpraktisch bezeichnet werden.

Und wieder ins Zuchthaus.

Das einzige Mittel.

Der Schuhmacher Karl P. ist ohne Frage ein Mensch, der sich nie wieder auf den Weg eines rechtlichen Lebens zurückfinden wird. Er selbst bringt dazu nicht mehr die Kraft auf, die Behörden stecken ihn — nur immer ins Zuchthaus! In der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Roabit, P. hat einen neuen Einbruch während einer Urlaubszeit aus dem Zuchthaus begangen, kommt sein ganzes Leben zur Sprache!

Schon die Großmutter des Angeklagten starb im Irrenhaus, sein Vater war notorischer Säufer. P. selbst ist schwerer Morphinit und war zwei Jahre lang in der Irrenanstalt in

Bezirksführer! Betriebsvertrauensleute!

Heute Mittwoch von 4 Uhr ab, morgen Donnerstag, den ganzen Tag, sehr wichtiges Flugblattmaterial abholen vom Bezirkssekretariat, Lindenstr. 5, II. Hof, 2 Trp. Alle Betriebe, auch Kleinbetriebe und Bureaus, müssen mit Flugblättern belegt werden!

Landesberg. Der Alkohol und die Karkotika sind die ständigen Begleiter der Jugend dieses schwachsinnigen Menschen gewesen. Nun kann es natürlich nicht verwundern, wenn der Angeklagte bald ständige Bekanntschaft mit den Zuchthäusern macht. Aber man kann ihn hier nicht dauernd halten, sein Gesundheitszustand verbietet es, er wird wiederholt wegen Krankheit beurlaubt! Während des letztenurlaubes geht P. zuerst zum Armenvorsteher und erhält eine monatliche Unterstützung von 10 M., in Worten zehn Mark... Als diese ausgegeben sind, bezieht er wieder einen Bodenbierstahl in der Rosenhafer Straße. Durch die Aufmerksamkeit der Portierfrau wird der Angeklagte auf frischer Tat erwischt und verhaftet. Nun nimmt sich dieses Mensch wieder der Staatsanwaltschaft an! Ein kurzer Antrag: — sittenloser Mensch, — Morphinit, Säufer, Gemohnheitsverbrecher, ... menschliche Gesellschaft muß davon befreit werden! — 3 Jahre Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von ebenfalls 3 Jahren! — Das Gericht ist derselben Meinung, Berufsrichter und — die Landesrichter auch! Und P. geht nun wieder ins Zuchthaus, wird sicher wieder krank, dann wieder beurlaubt... bis zu seinem erlösenden Ende.

Wetter für Berlin und Umgegend. Fetter, trocken, heiß. — Für Deutschland. Im äußersten Westen schwache Gewitter, sonst überall trocken und sehr warm.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 22. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
8-8.30 Uhr nachm.: Viertes Kinderfest der Funk-Stunde.
7 Uhr abends: Dr. P. Vageler: „Das moderne Abessinien“. 7.30 bis 8.15 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 7.30 Uhr abends: Abteilung Philosophie. Dr. med. Alfred Beyer, Oberregierungsrat im Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt: „Psychologie für das tägliche Leben“. 7. Vortrag „Praktische Auswertung“, II. Teil. 7.55 Uhr abends: Abteilung Heilkunde. Dr. Paul Borinaki: „Die Milch in ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedeutung“. 6. Vortrag: „Die gewerbliche Verwertung der Milch“. 8.30 Uhr abends: Das deutsche Lied. Eine Vortragsreihe von Dr. Felix Günther, unter gesanglicher Mitwirkung von Karin Lindholm, Alfred Wildt, Maria Basca, Wilhelm Gutmann, Nora Pieling-Boas, Kammeränger Cornelis Bronsgeest.
8. Abend. Schubert. Maria Basca singt zu dem Vortrage: 1. a) An die Musik (Schubert). b) Erläufte (Meyerhofer). c) Seligkeit (Höfely). 2. Lieder nach Goetheschen Gedichten: a) Heiß mich nicht reden, b) Gretchen am Spinnrad, c) Der Mühsen, d) Liebhaber in allen Gestalten. Am Flügel: Dr. Felix Günther. 10 Uhr abends: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten. Theater und Filmdienst.

Sinnenspiel.

Aus einem Tagebuch.

Mitgeteilt von Kurt Eisner.

Das war es nicht. Aus dem Geschwätz meiner Wirtin lernte ich bald die Ursache kennen. Es wurde mir klar, was mir längst aufgefallen, wie unheimlich still es im Dorfe war. Früher erschienen Abend für Abend die vielen wohlhabenden alten Schiffskapitäne, sonntäglich gekleidet, im Saale des Gasthauses, spielten Karten, tranken in bescheidener Anbacht und ergötzen sich an einem munteren Gepolde, an dem Austausch reicher und dunter Lebenserfahrungen, bis sie zu gebührender Stunde ordentlich zu Weib und Kind heimwandelten. Arzt, Apotheker, der Postsekretär und die paar Fremden mischten sich, nebst etlichen jungen Volk, unter die Gesellschaft der in begablichem Ruhestand lebenden alten Schiffer — und der ganze Saal war erfüllt von lebhaftem Treiben. Jetzt erscheint nur am Sonnabend eine einzige Stammgesellschaft als letzter Rest vergangener Herrlichkeit, nimmt an zwei Tischen im kleinen Nebenzimmer Platz, und versucht, ohne sonderliches Gelingen, die heiteren Gepflogenheiten früherer Zeiten auszuüben. Im Saale gähnten derweil die paar Pensionäre und lächerlichen in uralten Zeitschriften und in der neuesten Nummer des Wochenblattes der Kreisstadt. Nach einer Weile verlassen auch die den Schauplatz.

Das Dorf ist zugrunde gegangen an den Dampfschiffen. Früher fuhren sie auf den stolzen väterlichen Dreimastern erst als Matrosen und Steuerleute, dann als Kapitäne auf dem eigenen Besitz. Hatten sie dann etliche Jahre so die Welt durchgezogen, so kehrten sie sich zur Ruhe und lebten friedlich von dem Erworbenen; die Söhne fuhren an Stelle der Väter. Und wenn das junge Volk der Schiffer eine langwierige Fahrt beendet, dann kehrten sie getreulich in die Heimat zurück und blieben dort solange, bis der letzte Pfennig verfließen. Ehrlert erwies sich als das Maß für die unruhigen Taler und ihre Inhaber.

Der Niedergang der Segelschiffahrt hatte die Wohlhabenheit des Dorfes zerstört. Die reichen Rentner starben allmählich aus. Der Nachwuchs bleibt in ewiger Abhängigkeit, meist als Angestellte der Dampfschiffe. Mit den langen Ferien zwischen zwei Fahrten ist es aus. Sie fahren etwa jahraus jahrein zwischen New York und Honolulu, ohne eine Pause der Heimfahrt zu gewinnen oder mühen sich sonst in ununterbrochener Arbeit. So fehlt jetzt die männliche Jugend und ihr Geld. Daran ist Ehrlert verblüht wie das ganze Dorf. Die paar Wochen „Saison“ ersetzen nicht jenen Ausfall. Was für Badegäste eine große Ausgabe, ist für die Einheimischen

nur eine winzige Einnahme, wenn sie den Ertrag für das ganze Jahr bilden soll. Dazu muß man für die verdorbenen und unanständigen herrschaftlichen Aufwendungen machen; das Schiffsvolk war zufrieden, wenn es frisches Bier und lustige Mädel gab. Man hat's dann mit der Fischerei versucht. Die Boote nahmen stetig in Zahl ab; die Hochseefischerei lähmt auch diesen Erwerb. So ist ein dreier, trübsinniger Wohlstand lautlos zugrunde gegangen. Sie sind kaum recht zum Bewußtsein gelangt, was den Verfall eigentlich verschuldet. Sie haben nicht geklagt, sondern sich in die schlimme Lage ruhig geschickt. Nur still ist das Dorf darüber geworden. Man tanzt nicht mehr, ich glaube; man liebt auch nicht mehr, sondern heiratet bloß.

Wenn ich vordem am Sonntag mich ans Klavier in Ehrlerts Saal setzte und leise einen Walzer begann, stugs merkte ich, wie sich Schatten auf dem Hofe regten und etwas durch die Fenster spähte. Bald wogten sich zwei oder drei Mädchen, hell gekleidet, schüchtern in den Saal, die Krone inemander geflochten. Andere Mädchen folgten, spazierten umher oder setzten sich bereits in verlegener, lächelnder Reckheit auf die Bänke, die sich — mit rotem Rattum bezogen — längs der Wände hinzogen. Und ich weiß nicht, woher sie kamen, plötzlich war auch die junge Männlichkeit sporenweise da. Man schwatzte und scherzte. Vater Ehrlert schnurzelte. Die Tische wurden beiseite geräumt, und nun wurde getanzt. Dann mußte ich für das läppige Honorar von einer Flasche Selter mit Himbeer die halbe Nacht durchspielen, nur bisweilen abgelöst von dem Schulmeister, der dreizehn lebendige Kinder, eine noch lebendigere Frau hatte, und seine hundert Schüler wacker für landwirtschaftliche Hilfsleistungen heranzubildete. Außerdem war dieser Schulmeister Vergnügungskommissar des Zukunftsbades, und hatte ein großes Vergnügen daran, Ältere Bräuleins zu nächtlichen Rombscheinpartien am Strande zu geleiten — eine Hauptnummer auf seinem Programm gefelliger Unterhaltungen... Und wie sie tanzten! Als wenn die Leidenschaft selbst den Takt angab. Droche die Morgenämmerung, dann wurde wohl noch ein gemeinsamer Erfrischungspaziergang verabredet. Paarweise wanderten sie durch die Nacht, nur ich allein, froh über die Frohen, in den anderen genießend. Das Meer war das Ziel. Hier verloren sie sich in den Dünen. Ich lagerte mich in den Sand und lauschte. Mählich erstarrt das Flüstern und Atchern, und das Meer rauscht die Wä von der immerdar sich wieder erzeugenden Ewigkeit der Kraft... Kam ich übers Jahr wieder, dann fand ich gar manchen der Burtschen als brauen Ehegatten und Familienvater wieder.

„So plötzlich?“ fragte ich.

„Ja“, meinte der Gefragte und lächelte verschmitzt treuherzig, „ich mußte“. Der Tanz, die Freiheit, die Jugend und das Meer

Der Tod im Wasser.

Am Dienstag vormittag wurde die Leiche des am 19. Juli um 5 Uhr nachmittags ertrunkenen Schülers Alfred Panter, der bei seinen Eltern im Hause Schandauer Straße 76 in Reutßän wohnt, nahe der Grenzallee-Brücke aus dem Reutßänner Stichtanal geborgen und nach dem Schauhaufe gebracht. — Nahe dem Müggelsee lag ich 10 Uhr 30 man morgens um 7 1/2 Uhr die Leiche eines etwa 17 bis 19 Jahre alten Mannes aus dem Müggelsee. Auffallend sind sein langes blondes Haar und eine Operationsnarbe am Unterleib. Man schaffte die Leiche nach dem Friedhof in der Rudower Straße. Der junge Mann soll am Sonntag beim Baden ertrunken sein. — Aus dem Landwehrkanal landete man um dieselbe Zeit nahe der Unteren Freiarchenbrücke die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben mußte. Ansehend liegt ein Selbstmord vor. — An der Herkules-Brücke zog man um 6 1/2 Uhr früh die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes aus dem Landwehrkanal, die bereits mehrere Tage im Wasser gelegen hatte. Auch hier scheint es sich um einen Selbstmord zu handeln.

Noch einmal die Fleischpreise.

Unsere Ausführungen über die Fleischpreise haben begreiflicherweise die Aufmerksamkeit der Interessenten erregt. Wenn die Fleischer-Vereins-Zeitung der Ansicht ist, daß wir trotz der Feststellungen, an der augenblicklich herrschenden Fleischsteuerung seien die Wadenschlächter am wenigsten schuld, glaubt, daß wir besondere Freunde der Wadenschlächter sind, so irrt sie. Der Verfasser dieser Äußerung hat den Vorwärts-Artikel nicht gelesen, dort steht ausdrücklich, die Wadenschlächter sind keine Engel. Sie nehmen nur deswegen von Preisserhöhungen in demselben Verhältnis in dem die Erhöhung der Viehpreise erfolgt Abstand, weil es augenblicklich nicht in ihrem Interesse liegt. Es kann aber auch einmal anders kommen, daß nämlich die Wadenschlächter die Treibenden bei den Preisserhöhungen sind. Daß die Engroschlächter sich gegen die gegen sie gerichteten Angriffe wehren, ist begreiflich. Aber das Argument, daß auch Wadenschlächter reich geworden sind, ist für uns noch kein Argument zugunsten der Engroschlächter. Wenn jetzt noch durch das Kompromiß in der Zolltarifvorlage Vieh- und Fleischzölle eingeführt werden sollen, dann werden Fleisch und Wurst für die großen Massen bald etwas werden, von dem man den Bericht wie die Märchen beginnen kann: Es war einmal!

Billige Fischlage. Der Verein der Fischhändler von Groß-Berlin veranstaltet am Mittwoch, den 22. bis Freitag, den 24. Juli billige Fischtage und es kommen zum Verkauf frischer Koblau und frischer Goldbars. Der Abgabepreis beträgt pro Pfund 0,30 M. (Im Ausschluß etwas teurer.) Ferner wird frisches Krabbenfleisch abgegeben; der Preis hierfür beträgt für 1/4 Pfund 0,35 M. Die Fische werden in ganz besonderer Qualität geliefert und sind in den Verkaufsstellen gut gefüllt vorhanden. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht, und befinden sich in den Badengeschäften, Markthallen und auf den Wochenmärkten.

Ferienfahrten veranstaltet die Stern-Ges. jetzt täglich. Von Potsdam fahren die Dampfer Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag nach Babelsberg, Donnerstag vormittag nach Brandenburg. Von Berlin und Tegel die Dampfer nach Neudorf und Potsdam, von Pöthensee (Bahnhof Beusselstraße), Mittwochs nach Dranienburg. Ebenso finden die Ertrahfahrten nach Teupitz außer Sonntag und Montag und nach Grünheide täglich statt. Neu aufgenommen sind billige Fahrten nach Neu-Helgoland, die täglich zweimal morgens um 10 Uhr und nachmittags um 3 Uhr ausgeführt werden. Auf der Linie Spandau-Pfaueninsel findet ab Sonntag ein zweistündlicher Verkehr statt.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Wegen Bauarbeiten verkehrt die Linie 84 vom 23. d. M. ab vorübergehend bis Sonnabend, den 25. Juli, anstatt über Französisch Straße — Schloßplatz — Breite Straße durch den Lindentunnel bis zum Kupfergraben.

New Yorker Sänger in Berlin. Dienstag nachmittag trafen die auf einer Deutschlandreise befindlichen Mitglieder des New Yorker Breitbuben-Chors, 80 Herren und 70 Damen, von Hamburg kommend, auf dem Lehrter Bahnhof ein, wo sie festlich empfangen wurden.

Jam Großdeutschen Tag und zur Verfassungsfeier sind Köhnen, Banner sowie Girlanden um. preiswert im Reichsbanner-Warenvertrieb, Sebastianstr. 87/89 (geöffnet von 9-6 Uhr), zu haben.

Die Hitzewelle in Bayern. Die Hitzewelle, die über ganz Europa hereingebrochen ist, hat auch in Bayern ein starkes Ansteigen der Temperaturen zur Folge gehabt. Die höchste betrug gestern mittag 27,8 im Schatten. Die Hitzewelle, die sich infolge ihrer starken Strömung nur sehr schwer erwärmt, erreichte gestern eine Temperatur von 21 Grad.

Urteil im Affenprozeß. Nach einer Meldung aus Danton ist Professor Scopes gestern vom Schwurgericht für schuldig erklärt und zu einer Geldstrafe von 100 Dollar verurteilt worden.

möchte schuld sein an dem stattlichen Menschenschlag dieses Dorfes, das Hochzeit und Taufe nicht allzu weit zu trennen gewohnt war. Die Liebesinsel nannte ich gern dieses abgelegene Dorf.

Heute ist das vorbei. Man tanzt nur noch Sedan und Kaisers Geburtstag, dann aber mit großem Apparat und der benachbarten Kreisstadtkapelle. Vor allen Dingen tanzt man nicht mehr ohne behördliche Erlaubnis, und Ehrlerts Nachfolger würde schwerlich jene vergnügten Improvisationen dulden. Es scheint mir, sie überreiben ein wenig ihren Eifer, den Niedergang auch äußerlich zur Schau zu tragen. Früher traf man nicht selten Frauen, die bereits den dritten Mann hatten und doch in reizendster Jugendfrische erstarrten (der dritte war auch gerade zur See und schied sich möglicherweise an, dem vierten Platz zu machen). Jetzt sind sie schon weiß und haben noch nicht einmal den ersten.

Ah, ich werde diesmal keine Gelegenheiten haben, in den Gesellschaften der anderen zu leben. Ich werde mir selbst ein Geschick schaffen müssen, oder wie das anfangen?

Binsensee, 10. Juni.

Ich muß mich verlieben! Immer kehrt der Gedanke wieder... Aber warum ihn abweisen? Ist es nicht ein Wink der Natur, die mir den Weg der Heilung zeigen will. Gewiß, der Gedanke ist durchaus nicht so nutzlos abern, wie er mir anfangs schien. Er ist sehr vernünftig, weil er sehr kurzweilig ist. Ich würde eine mich ganz erfüllende Beschäftigung haben, etwas, an dem ich mich erfreuen und erheitern könnte. Und das schönste wird sein, daß dies Unternehmen für niemand Folgen haben wird. Ich werde mich theoretisch verlieben, meinen Sommerroman ganz allein anspinnen und durchleben, und mit dem Tage beendigen, an dem ich den Ort verlasse. Bleibt nur noch der Gegenstand meiner Kurliebe, der natürlich niemals erfahren wird, daß ich ihn als Dumbbrunnen benutze. Ich werde einen Syllus von Liebesleben in bloßen Gefühlen und Phantasien dichten, ich werde einen Liebesroman erleben, der nur ein künstlich arrangierter Traum ist. Ich werde ein verheirateter Don Quixote sein, der seine Dulzinea sucht, findet und — ohne ein Wort mit ihr zu sprechen — verläßt.

Ich werde mich verlieben! Denn im Grunde glaube ich, daß ich bereits Sehnsucht nach den Reintigen habe. Ich halte es einfach die drei Monate nicht aus, wenn ich mir keine Ablenkung schaue. O, da suche ich Ueber bereits Entscheidungsgewinne für meine geplante platonische Treuehaftigkeit; d. h. sie soll platonischer sein als Plato es gemeint hat. Aber schändlich bleib's trotzdem. Was tut's! Ich bin zeitlebens tugendhaft gewesen, ich will wenigstens einmal nachempfinden, wie süß es ist, schändlich zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Der Flüchtling.

Von Swan Heilbut

Am Ersten dieses Monats habe ich mein Zimmer gekündigt. Mir gegenüber hat sich ein Frauengefangenenverein aufgetan.

Ich wohne . . . Rein, das werde ich nicht verraten. Den Zimmervermieterinnen dieser Straße wäre das Geschäft verdorben. Und ich will ihnen wohl, noch immer, ja, trotz allem, was mir angetan worden ist.

Unglückliches Geschlecht der Zimmervermieterinnen! Fühlte ich jemals mit einem Menschen, so weiß ich euer Leid zu ehren. Man ist den Launen der jungen Herren preisgegeben und steht allein in der Welt. Denn der Mann ist längst gestorben und höchstens ein Sohn ist im Hause. Aber er geht früh am Morgen an seine Beschäftigung und wenn er abends heimkommt, mag er nichts hören. Was aber hat sich ereignet am Tage! Und nicht eine mitleidende Seele, der man es mitteilen könnte (die Nachbarin geht gegen Abend aus). Der junge Herr in der Stube mit dem Klavier hat den Blumentopf zertrümmert. Der im Balkonzimmer hat aufgemuckt wegen Unsauberkeit (wann aber soll wohl geäubert werden, wenn er bis in den Nachmittag schläft!). Aber der dritte — der im Berliner Zimmer — hat den meisten Schmutz; er hat den Besuch seiner Schwester empfangen, obgleich er sich kontraktlich verpflichtet hat, seine Schwester nicht zu empfangen. Alle andern darf er empfangen, nur seine Schwester nicht — — Und nur seine Schwester empfängt er! So sind die jungen Leute von heute, und die Zimmervermieterinnen sind noch — zum Teil — aus einer besseren Zeit. Es gibt weishaarige, glattgeschneidete Frauen, die den Fremdling die Fremde wohl vergessen lehren mit dem einsachen Blick ihrer stillen blauen Augen. Etwas Jungmädchenhaftes in siebenjährigen Augen . . . wie das mich oft entzückt.

Ich kann aber mit gutem Gewissen sagen, daß meine Wirtin jeden Keim von Zuneigung, der sich entwickeln wollte, in mir erstickt hat. Und daran ist nicht etwa Schuld, daß ihr das biblische Alter, die stillen blauen Augen mangeln — ach nein — Eine Frau muß nicht eben matronenhaft sein, damit sie mir gefalle . . . oho, da kennt ihr mich falsch! Aber ich habe diese meine Wirtin mit meiner Petroleumlampe, die sie Abend für Abend zu fällen vergißt, von allen Seiten beleuchtet. Und siehe, da war nichts, was mich zu sehen freute. Hört:

Morgens um acht Uhr stehe ich auf. Um neun Uhr öffne ich die Tür und suche meine Stiefel. Die Hände tasten in die dunklen Ecken und finden nichts. Meine Wirtin läßt dann von der Küche her einen Laut vernehmen. Der ist verständlich für das Allgemeine, eine Art Esperanto, und heißt: Gebudd. Ich gedulle mich. Ich sitze auf dem Bettrand und lasse die Beine hängen. Die Uhr nebenan schlägt, sie schlägt übrigens seit einem halben Jahre die verkehrte Stunde, und zum Glück nicht „eine ganz verkehrte Stunde“, sondern die vorige Stunde, so daß sie niemals aufgehört hat, diese Widerwärtige, mich zu foppen. Aber das war nebenbei gesagt. — Nun schlägt etwas gegen die Tür. Meine Stiefel sind da.

Ich habe die Absicht, mir den Mund zu spülen und mache die Bemerkung, daß es ohne Wasser nicht möglich ist; ich veruche, meinen Tee zu wärmen, aber der Kochapparat läßt sich auf nichts ein, und wie ich ihn rüttle, sagt er: Ohne Spiritus gehts nicht.

Ich suche die Spiritusflasche. Sie hocht in einem Winkel an der Fensterbank, unsonst reiße ich sie aus ihrem Versteck. Sie ist leer. Und ich hebe meine Flasche in die Luft, hoch, und zerplatze sie. Da liegen die grünen Scherben. Ein süßlicher Geruch geht von ihnen aus. Meiner Flasche Glück und Ende, sage ich. Ich muß ihr Ende bezahlen.

Ich sehe meinen Sturmhelm auf. Draußen, an der Wohnungstür, steht meine Wirtin; die Nachbarin, an ihrer eigenen Wohnungstür, sagt: Sie segnen also, jede vor ihrer eigenen Tür. Ganz nebenbei schwächen sie. Die Reste der in Fäden zerbrochenen Nachbarn, von zwei messerscharfen Frauenzungen zerrissen, fliegen noch in der Luft.

Für solch eine Luft habe ich eine empfindlich zu beleidigende Nase. Ich wittere die Schläpferel. Auf dem Korridor nehme ich

Aufwertungszigarre, Marke: „Der Ketter“



vor



und

nach dem Gebrauch.

meinen Anlauf und stürze mich mitten hinein. Dann aber grüße ich demütig. „Guten Morgen“, sage ich. Aber der Teufel juckt mich und ich muß meine Hut tragen, ich komme nicht in Gutes vorbei: „Sie haben es, meine Liebe, heute zur Abwechslung nur in drei Dingen verlesen; gestern dagegen fehlte es an allen Ecken und Enden der Stube. Sie bemühen sich, wie ich bemerke, mir zu gefallen. Ich bin Ihnen dankbar. Guten Morgen.“

„Wissen Sie denn nicht, wie krank ich bin?“ ruft sie mir nach. (Ja, wenn ich nun nicht Reue fühle, bin ich ein brutaler Mensch.) Und die Nachbarin ruft: „Sie sollten froh sein, solch eine Wirtin zu haben! Wann bezahlen Sie denn Ihre Miete?“ — Die Nachbarin hat solch lebenswürdige Stimme, jeder Ton knallt, wie wenn man eine Kelle auf den Kopf haut.

Aber nun habe ich doch gekündigt.

Es ist wahr, daß die Straße, die ich nicht nennen will — denn ich mag niemanden kompromittieren — es ist wahr, daß auch sie ihre stille Stunde hat; nein, ihre stille halbe Stunde . . . nein, ich bleibe bei der Wahrheit: Ihre stille Viertelstunde. Das ist die Viertelstunde von dreizehner bis vier Uhr vormittags. Es scheint, daß zu dieser Zeit die Betrunknen ehrenhafter pausieren, es ist vielleicht eine Konvention über die ganze zivilisierte Erde — kurzum, sie liegen dann an den Eselen. Und nur ein Glücken von Zeit zu Zeit zeugt von verborgenem Leben. Aber es ist nicht anders wie das Geräusch im Köhricht am See oder im tiefen Walde, vom Sumpf hererschallend. Die Stille wird noch stiller. Und ich sitze auf der Fensterbank, der Nachwind streift meine Schläfen, ich schliesse die Augen und genieße die stille Viertelstunde. Ja, im Anfang meines Aufenthaltes in dieser Straße stürzte ich mich sogar einmal hoffnungsvoll an den Tisch, um in diesem Interregnum der Ruhe die Fruchtbarkeit des Gehirns ausschleichen zu lassen . . . aber mein Tisch ist überschwemmt mit flüchtigen Tümpeln von Tee; mit Krümen, Fettdübeln, Geschirre belegt. Denn meine Wirtin weigert sich, einen zweiten Tisch als Schreibtisch (quasi) zu opfern. Ich sehe ein Tischlein, es steht in der Toilette (dort ist ein Anblick wie in der Requisitekammer eines Theaters, man muß sehr gut klammern können, wenn man bis zum Ziel hindurch will) . . . ein Tischlein steht dort im Staub begraben. Aber — er soll es nicht haben, denkt sie; bräucht der Mensch einen Schreibtisch, wenn er gesund ist? (Dieser Gedankengang hat etwas Wahres in sich, o Kummer!) . . .

Bald muß ich von euch Abschied nehmen, ihr lieben Wandel! Jede einzelne Spinnweberei ist mir so wohl vertraut an euch! Tag für Tag betrachtete ich mir den Fortschritt der fleißigen Tiere, und wo ich konnte, legte ich Hand mit an. Vom Gestell nehme ich die wenigen Bücher und eine blaue Vase, mit einem süßen, buschigen Heidekraut. „Schelden tut weh“, schreibe ich mit dem Finger auf das Brett und da steht es in den Staub wie in Marmor geschrieben. Die lieben goldenen Ratten, die Nachkommen all jener geliebten Toten, die ich oft am Morgen unter meiner kleinen Lampe fand — sie schwirren nun um mein Haar, als wollten sie mich bewegen zu bleiben. Ich fühle so etwas wie eine Verpflichtung, ich unglückseliger Flüchtling, mich vor ihnen und vor allem, was mich in meiner Stube anblickt, zu verteidigen.

Ihr wißt, sage ich, welch ein langmütiger Herr ich war. Im Ernst: war ich denn jemals ein Zimmerherr? Ich ließ mich dulden, sozusagen, und dafür bezahlte ich Geld. Alles habe ich in Demut ertragen, Grammophone, Klaviere, Posaunenartisten. Gut, sagte ich, und stopfte die letzte Fensterritze zu. Und in jeder Sonnabendnacht goß ich mir das Wachs einer Kerze in die Ohren. Nun aber — ihr müßt nur ganz verstehen, was es bedeutet, dann werdet ihr mir auch ganz vergeben — nun ist ein Frauengefangenenverein mir gegenüber eingezogen.

Ein Vogel wollte Hochzeit halten . . . Es gibt Variationen dazu, so daß dies Lied in Wahrheit über zweihundertfünfzig Verse . . . wie gesagt, Fensterritzen verstopfen und Wachs in die Ohren; ja . . . Aber Hterokalla, Hterokalla, Hterokalla lala bringt durch — wenn Jungfrauenlehen das singen — scharf wie ein Glasdiamant. Und wenn ich meine zweihundertfünfzig habe . . . dann geht es im Traum von vorne an!

Rein, ihr müßt mir vergeben, meine Freunde. Seht, ich liebe diese Straße, obgleich die ersten Betrunknen zu singen anfangen, wenn die letzten aufhören zu registrieren (und diese Straße hat eine Akustik wie ein Theater . . .); ich liebe auch dies Haus, obgleich im Treppengang ein Radergeruch aus allen heimlichen Kammern schweift; und ich liebe dich, mein Zimmer, mit all deinen Mängeln, so wie du bist. Aber —

Ein Frauengefangenenverein . . .
Das Wandern ist des Müllers Lust.
Ich bin mobil.

Ein Ueberbleibsel.

Von Martin Andersen Nexø (Königsberg).

War es indes mit der Bruderkiebe bisher nur einigermaßen gewesen, so wurde die Sache jetzt ganz toll. Die Teilung bot feste Anhaltspunkte zu gegenseitigem Streit, denn die Höfe lagen zu dicht beieinander, und obwohl das Meer groß genug war, konnten sich die Brüder nicht über die Fischplätze einigen. Noch schwieriger war die Teilung des Strandgutes. Während einer Strandung selbst hielten sie allerdings fest zusammen und halfen einander treulich, die übrigen Bewohner der Umgegend fernzuhalten.

Als die beiden dann heirateten, wurde das Verhältnis keineswegs besser.

Ihre Frauen führten den Kampf mit tausend kleinsten Zergerissen weiter. Wässer Ratsch und verblämte Anspielungen sicherten wie Grundwasser von Hof zu Hof, in den heimlichsten Winkeln der Häuser wurde es rauch und kalt; so, der giftige Hof drang wie eine kalte Feuchtigkeit bis ins Ehebett hinein und hemmte die letzten freien Lebensäußerungen. Wenn die Frauen untertags auf der Bleiche standen und sich zankten, richteten sie ihre boshaften Angriffe auf die Schlafkammer der anderen, und da wurden manchmal zufällig Dinge in die Welt hinausgeschrien, die tief trafen, weil sie auf der genauesten Kenntnis der Mächte der Gegenpartei beruhen mußten. Die Männer, die nicht mühten, daß die Frauen es nur aus sich selbst hatten, lagen nachts bibbend schlafend da und hatten trotz der Dunkelheit das Gefühl, als würden sie belauscht.

Die beiden Frauen trieben es so weit, daß die zwei Brüder die Sache selbst bekamen und sich einander heimlich zu nähern suchten. Aber das dauerte nur so lange, bis eine der Frauen davon erfuhr und einen Brand warf. Dann stammte der Unfriede stärker denn je auf; er umfaßte alle, die Kinder und das Gefinde so gut wie die Eltern selbst, und bisweilen gab es sogar blutige Kämpfe. Aber das Gerücht wurde niemals herangezogen. Das Geschlechtsgefühl zwischen den beiden Brüdern war stark, und nach außen hielten sie unverbrüchlich zusammen.

Ihre Nachkommen kriegten den Unfrieden als Erbtteil, aber sie hielten ihre Frauen besser in Zucht und beschränkten sich auf die hauptsächlichsten Fragen: zu nahe Nachbarschaft, Streit wegen der Fischplätze und des Strandgutes. Und als die Entwicklung allmählich dazu führte, daß man sich mehr auf den Ackerbau warf, entstanden neue Schwierigkeiten wegen der Grenzschelde. Aber das Geschlechtsband hatte sich gelockert, die beiden Höfe bildeten nach außen keine Einheit mehr. Man rief fremde Einmischung heran, und zahllose Rechtsstreitigkeiten verschlimmerten den Zustand, indem bald die eine, bald die andere Partei Grund zum Triumphieren hatte.

Zwischendurch kamen friedlichere Zeiten, und in ihnen versuchte man es zweimal, die lockeren Familienbände durch Eheverträge fester zu knüpfen. Aber der Jank war wie ein Unkraut, das die Oberhand gewonnen hat; er zog aus allem Nahrung und schoß an den unerwartetsten Stellen hervor. Die zwei Eheverträge bewirkten gerade das Gegenteil von dem, was beabsichtigt war.

Nach und nach kamen die beiden Familien zur Ruhe in einem so tief eingewurzelt Haß, daß er nicht einmal mit der Muttermilch eingesaugt werden mußte. Wie ein Instinkt schwebte er über dem Ehebett und wurde schon bei der Empfängnis geradezu zu einem Lebensprinzip — die so am stärksten haßten, vermehrten sich am üppigsten. Der Haß wurde die Kraft, die das Blut der Leibesfrucht zum Rollen brachte und das Neugeborene atmen ließ.

Unter all dem täglichen Wandel lag er und brannte wie ein stilles Feuer, das den Hintergrund für alles bildete, was man tat, ja dem ganzen Dasein Sinn verlieh. Er knisterte auf in leiser Schadenfreude und Hohn, in Unwillen, dem anderen Hilfe zu leisten oder Hilfe zu empfangen, in boshaften Anspielungen und Spottliedern. Ja selbst im Schweigen glühte er giftig hervor.

Aber bisweilen loderte er in einer hellen Flamme empor, und seine Wirkung war so stark, daß sie sich den gleichgültigsten Menschen unauslöschlich einprägte. Ganz alte Leute erinnern sich noch von ihrer Kindheit her an solche Ausbrüche und verwechseln sie bisweilen mit anderen, von denen ihnen ihre Großeltern erzählt haben.

Rehrmals legten sich die übrigen Bewohner des Kirchspiels ins Mittel und versuchten durch Versprechungen und Drohungen eine der Familien zu veranlassen, weiter ins Land hinauszuziehen. Sie boten sich an, den Umzug und Wiederaufbau des Hofes zu übernehmen; aber obwohl die Bewusstseinsbildung der weit entfernt liegenden Ketter sehr beschwerlich war und beide Familien unter normalen Verhältnissen höchstwahrscheinlich längst selbst den Umzug bewerkstelligt hätten, weigerten sie sich sehr hartnäckig, das Anerbieten anzunehmen. Keine von ihnen wollte sich nachsagen lassen, sie habe der anderen das Feld geräumt.

Als die männliche Linie auf dem einen Hof ausstarb und ihn eine Tochter übernehmen sollte, wurde das Angebot wiederholt, vermühtlich in Zuversicht darauf, daß das Weib nachgiebiger sei. Gertrud Kosod beantwortete aber das Angebot der Gemeinde damit, daß sie den Hof zur Hochzeit rüstete und einen kräftigen, rothaarigen Burschen namens Römer heiratete, der vom Innern der Insel kam und wegen seiner Streitsucht schwer berüchtigt war.

Römer lebte sich leicht und schnell in die Ueberlieferung ein, alles half ihm dazu. Und da er mit frischen Kräften in den Hof eintrat, führte er ihm ein neues Element von Energie zu. Er scherte sich nicht um die Sticheleien, den Ratsch und die kleinsten Bosheiten, sondern warf sich mit voller Macht auf die Bewirtung

des Hofes. Zu jener Zeit zog eine vorübergehende Begeisterung für die Landwirtschaft über das Land hin, und so gelang es Römer, der ein tüchtiger Mann war, aus dem Hofe eine Musterwirtschaft zu machen, zu deren Beschäftigung die Leute von weither kamen.

Kosod auf dem Nachbarhofe legte ihm anfangs alle möglichen Hindernisse in den Weg; wenn aber Römer Fremden seinen Hof zeigte, redete er so unumwunden von den Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, daß der andere mit der ganzen Schande dastand. Außerdem hoben sich die Seite an Seite liegenden Felder der beiden Höfe auf ihre besondere Weise deutlich genug voneinander ab.

Eines Tages jedoch bekam es Kosod satt, sich als Beispiel eines schlechten Landmannes hinstellen zu lassen, und er legte sich mit seinem ganzen Hausstand ins Geschirr. Unermüdet arbeitete er, um das Veräumdete nachzuholen; er sprengte Felsblöcke aus seinen Feldern heraus, säuberte sie von Schlehern und Wacholder und legte sie unter den Pflug. Und das Kirchspiel sah voller Bewunderung, wie sich der Haß in das Joch der Kultur einspannte und ein förmlicher Wettstreit darüber entstand, wer das meiste Land umpflügen und die meisten Bühren unter Dach bringen konnte.

Ihre Körper ermüdeten, und ihr Wohlstand nahm zu! Aber das böse Geschick ließ sie nicht ruhen, und die Gesichter der beiden; und von Römer, der sich auf Wind und Wetter verstand, wird erzählt, daß er eines Nachts im Herbst Regen witterte und ganz leise mit seinen Leuten ausrückte, um das letzte Getreide unter Dach und Fach zu bringen. Sein Nachbar jedoch, der im Vertrauen auf Römers Erfahrung auch noch Getreide draußen hatte, schlopfte im Laufe der Nacht Verdacht und rückte ebenfalls aufs Feld hinaus. Da war Römer beinahe fertig; er fuhr aber mit der letzten schweren Bühre so toll, daß diese bei der engen Einfahrt in die Schlucht umstürzte und sie vollständig verperrte, und ehe sie auf die Seite gerückt werden konnte, war der Regen losgebrochen.

Dieser Römer kam auf folgende Weise ins Leben: Es war zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, zu jener Zeit, wo es um Bornholm herum eine solche Menge von Wachs gab, daß das Gefinde beim Eintritt in den Dienst die Bedingung stellte, nur dreimal in der Woche Wachs essen zu müssen. Beide Höfe hatten Boote auf dem Meere draußen, um nach den Rehen zu sehen. Trotz des böigen Märzwetters war Römer allein hinausgefahren, sein Sohn mußte das Vieh besorgen, und ein paar Knechte, die im letzten Sommer bei ihm im Dienst gestanden hatten, waren vorzeitig über die Rost klagend, davongelaufen und befanden sich jetzt auf dem Nachbarhof.

(Fortsetzung folgt)

Abfuhr eines völkischen Hezers.

Präsident Löbe stellt Ramin — Ramin nimmt zurück.

Der Reichstag überotes gestern debattlos die deutsch-französische Vereinbarung über den Waren Austausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet dem handelspolitischen Ausschuss.

Dann folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Reichsverforgungsgesetzes und anderer Verforgungsgesetze. Nach dem Entwurf wird eine Grundrente der Kriegsbeschädigten um 50 Proz. erhöht. Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt. Er ersucht in einer Entschließung der Reichsregierung, durch entsprechende Verordnungen die in der Verwaltungspraxis bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge zutage getretenen Mängel zu beseitigen.

Abg. Rohmann (Soz.):

Das Reichsverforgungsgesetz ging von zwei grundsätzlichen Voraussetzungen aus. Es wollte erstens aus dem Wust der Vorschriften und der kriegsministeriellen Erlasse ein einheitliches allgemein verständliches Recht schaffen und zweitens die Verschlechterung des alten Rechts vermeiden. Keine dieser beiden Voraussetzungen trifft heute noch zu. Die Regierung erkennt die Mängel an, aber sie sträubt sich dagegen, ihnen abzuhelfen. Sie hat ein Mittel in der Bestimmung gefunden, daß der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die notwendigen Anpassungen vornehmen kann. Das bedeutet, daß alles auf dem Verwaltungswege erledigt werden soll, damit wird aber auch der Inhalt des Gesetzes verändert, wie wir es schon bei der Offiziersverforgung gesehen haben. Es wird wiederum ein Wirtswort geschaffen, der größer ist, als er beim Ende des Krieges war. In der Praxis bedeutet das nichts anderes, als daß eine sehr große Zahl von Kriegsbeschädigten statt auf ihr Recht, auf das Wohlwollen der allmächtigen Bürokratie angewiesen sind.

Im Ausschuss hat man unsere Kritik an der Vorlage sehr übel genommen. Ich kann mich dabei aber auf Urteile von Sachverständigen berufen, die noch weit härter in ihrer Kritik sind. Der Redner zitiert einen Artikel des Abgeordneten Thiel (D. Vp.), der in einer großen Anzahl deutscher Zeitungen erschienen ist und worin an das Wort erinnert wird, daß die Kriegsteilnehmer des „Dankes des Vaterlandes“ sicher seien und daß nach dem großen Kriege eine bessere Verforgung für sie vorgenommen werden solle, als es nach dem Kriege von 1870/71 der Fall war. Er fügte hinzu, es treibe einem die Schamröte ins Gesicht, wenn man sehe, wie diese Verforgungen in Erfüllung gegangen seien. Im Kriegsbeschädigtenausschuss hat dieses prominente Mitglied einer der Regierungsparteien seine natürliche Gesichtsfarbe sehr rasch wiedergefunden. Gegenüber unseren Anträgen erklärte er, daß er über keine Forderung mehr reden werde, die über die Regierungsvorlage hinausgehe. (Hört, hört! bei den Soz.). Beim Zusammentritt des Reichstags wurde eine Flut von Anträgen gerade von den Regierungsparteien gestellt, der größte Teil stammte von den Deutschnationalen und von der Deutschen Volkspartei.

Wenn die Forderungen der Deutschnationalen erfüllt worden wären, so hätte das nach den Berechnungen der Regierung eine fortlaufende Ausgabe von 633 Millionen, eine einmalige von 461 Millionen, im ganzen also 1094 Millionen Mark erfordert. Die Anträge der Deutschen Volkspartei hätten eine Ausgabe von 645 Millionen Mark notwendig gemacht.

Dagegenüber waren die Anträge meiner Partei und auch die der Kommunistischen Partei geradezu Wüster von Bescheidenheit und Zurückhaltung. Was ist den Kriegsbeschädigten von den Regierungsparteien nicht alles versprochen worden? Wenn Sie Ihre Forderungen nicht etwa verwirklichen wollen, wenn die meisten Kriegsteilnehmer schon gestorben sind, so hätten Sie schleunigst die Regierung veranlassen müssen, eine Novelle vorzulegen, die die Forderungen der Regierungsparteien realisierte. Das haben Sie aber nicht getan, sondern

Ihre Anträge lang- und klinglos verschwinden lassen.

Uns hat man den Vorwurf unverantwortlicher Demagogie gemacht, weil wir angeblich unerfüllbare Anträge gestellt hätten. Nun frage ich in aller Deffentlichkeit die Deutschnationalen und die Volkspartei: Was haben Sie mit Ihren Anträgen beabsichtigt? Der Abg. Budjahn hat ja die Antwort schon gegeben, als er im Ausschuss erklärte: Wir hatten diese Anträge schon gestellt als noch niemand daran dachte, daß die Deutschnationalen in die Regierung eintreten würden. (Lebhafte Hört, hört! bei den Soz. Unruhe rechts.) Später allerdings haben Sie einen Rückzug angetreten. Im Ausschuss haben Sie erklärt, es sei die Gepflogenheit der Deutschnationalen, beim Zusammentritt des Reichstags die Wünsche der Kriegsteilnehmer in Antragsform zu stellen. (Hört, hört! bei den Soz.). Haben Sie das auch in den Wahlversammlungen gesagt, an denen Kriegsbeschädigte teilgenommen haben? Glauben Sie, daß von dieser Gepflogenheit 2½ Millionen Kriegsbeschädigter satt werden können? Sie treiben in Wirklichkeit die unverantwortliche Demagogie, indem Sie Anträge stellen, von denen Sie wissen, daß Sie selbst sie niemals verwirklichen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Trotz der Kritik an der Vorlage erkennen wir an, daß sie auch einige Verbesserungen enthält, die besonders auf das Drängen meiner Freunde geschaffen wurden. Im Ausschuss hat auch die Regierung Erklärungen abgegeben, die dahin führen können, daß das Gesetz eine soziale Auslegung erfährt. Darüber hinaus muß aber die Vorlage den Kriegsbeschädigten schwere Enttäuschungen bringen. Die Kriegsbeschädigten werden etwas besser behandelt, trotzdem sie immer noch ein Drittel bis die Hälfte der Bezüge erhalten, die sie nach dem Mannschaftsverforgungsgesetz von 1906 zu beanspruchen gehabt hätten. Diese Verbesserung erfolgt aber zum Teil auf Kosten der Schwerbeschädigten und kinderreichen Witwen. (Hört, hört! bei den Soz.). Diese beiden Gruppen gehen fast leer aus, trotz der Tatsache, daß wir mit einer neuen Bereinigung der Lebenshaltung und mit einer bevorstehenden Mietsteigerung zu rechnen haben. Während die Regierung bei den unteren Klassen Schluss machen will, ist sie bei den sogenannten oberen Klassen nicht so engberzig. Die Regierungsparteien sind im Ausschuss nur dort über die Vorlage hinausgegangen, wo es sich um Zulagen für die Offiziere handelt. (Hört, hört! bei den Soz.). Wenn es sich dabei auch nicht um erhebliche Beträge handelt, so muß uns diese Benützung der Offiziere angesichts des Zurückbleibens der anderen Klassen mit Empörung erfüllen. Der Redner zeigt an einem Beispiel, daß ein sehr schwer Kriegsbeschädigter im ganzen 81 Mark im Monat als Rente erhält, während ein Major neben seiner vollen Pension bei den gleichen Verhältnisselementen 75 Mark Verrentungszulage erhält. (Hört, hört! bei den Soz.). Ein Doppelcomputer erhält eine Gesamtrente von 60 Mark, ein Major mit der gleichen Verrentungszulage eine Ertragszulage von 75 Mark. (Hört, hört!) Alle unsere Versuche, eine Verbesserung der Vorlage herbeizuführen, sind an dem einmütigen Widerstand der Regierungsparteien gescheitert.

Der Reichsfinanzminister hat im Kriegsbeschädigtenausschuss erklärt, durch die Arbeit der Sozialdemokratie werde er gehindert, für die notwendigen Einnahmen zu sorgen. Er hat sich wohl gehütet, dasselbe im Steueraussschuss zu sagen. Aber wenn er meint, daß die Sozialdemokratie schuld daran sei, daß die Regierung zu geringe Einnahmen habe, so ist es immer noch Zeit, dem Uebel abzuhelfen, denn der Steueraussschuss ist ja noch bei-

ammen. Was aber sehen wir dort? Die Besitzkauer werden abgebaut, alle Quellen, die eine reichere Einnahme bringen könnten, bleiben unerschlossen. Die von uns verlangte öffentliche Auslegung der Steuerlisten, durch die die Steuermoral erheblich gebessert und wodurch die Einnahmen erhöht werden würden, lehnen Sie ab. Wenn die Regierung und die Regierungsparteien die Möglichkeit hätten, das jetzige Heer von 100 000 Mann wieder auf 600 000 zu erhöhen, dann würden binnen wenigen Wochen die Mittel dazu geschaffen sein. Nur die Mittel können sie nicht finden, um die Opfer des Krieges aus dem alten kaiserlichen Heere vor dem Untergang zu schützen! (Lebhafte Beifall bei den Soz.).

Abg. Gerig (Z.) verteidigt im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien unter dem Beifall der Rechten und des Zentrums die Novelle gegen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns weist verschiedene Angriffe des Abg. Rohmann zurück. Das neue Gesetz sei keineswegs ein sozialer Rückschritt gegenüber dem alten Recht, sondern ein wesentlicher Fortschritt. Die gesamten Entschädigungsausgaben für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen sind heute nach dem neuen Recht höher, als nach dem alten Recht.

Abg. Budjahn (Dnat.) erklärt, seine Partei habe nicht die Absicht gehabt, einen besonderen Redner vorzuschicken; die maßlosen Angriffe des Abg. Rohmann müßten aber zurückgewiesen werden. Abg. Rohmann hat versucht, aus dieser reinen Volkssache eine Partisache zu machen, wir verbitten uns das. (Beifall rechts, Unruhe bei den Soz.).

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) begründet einen kommunistischen Änderungsantrag, der die Unterstützungszulage wesentlich über die Ausschussvorlage hinaus erhöhen und weitere Vergünstigungen für die Beschädigten und die Hinterbliebenen einführen will.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) hebt hervor, daß er die Rede des Abg. Rohmann zwar nicht mit ungünstigstem Vergnügen gehört habe, daß aber aus der Rede des Abg. Budjahn hervorgegangen sei, daß das Glashauss, in dem er sitzt, sehr feste Scheiben zu haben scheint. (Heiterkeit). Der Redner erinnert an deutsch-nationale Anträge, die in dieser Angelegenheit zu Anfang des Jahres gestellt wurden und die fallen gelassen worden seien, als die Deutschnationalen Regierungspartei wurden.

Nach den Angriffen des Abg. Dietrich-Franken (Döll.) auf den Reichsfinanzminister stellt Abg. Rohmann (Soz.) fest, daß die Regierung im vorigen Jahre den Reichstag über die Finanzlage des Reichs im unklaren gelassen habe. Hätte die Sozialdemokratie damals schon gewußt, daß den Ruhrindustriellen 715 Millionen zugewendet worden waren, so hätte sie dem damaligen Kompromiß nicht zugestimmt. Gegenüber dem kommunistischen Abgeordneten Weber, der zum großen Teil gegen die Sozialdemokratie polemisiert hatte, ersucht der Redner um Aufklärung darüber, wie die Verforgung der Kriegsbeschädigten in Sowjetrußland aussehe. Es müsse festgestellt werden,

daß der Kommunist Weber in der Hälfte der Ausschussführungen gar nicht anwesend war, die Begründung seiner Anträge hat er zum großen Teil den Sozialdemokraten überlassen.

Von allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen, ist folgende Entschließung eingegangen:

Der Reichstag nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches den Anträgen, die sich auf die Wiedergewährung der durch die 12. Ergänzung zum Reichsbesoldungsgesetz als abgelehnt bezeichneten, geleglich gewährten Zulagen an Angehörige der ehemaligen Wehrmacht und an ehemalige Kolonialbeamte beziehen, nur in völlig unzureichendem Ausmaße entsprochen werden konnte. Er erwartet, daß die Reichsregierung die in Zusammenhang mit diesen Anträgen stehenden Fragen weiter verfolgt und, sobald die finanziellen Verhältnisse dies gestatten, eine entsprechende Gesetzesvorlage einbringt.

Nach persönlichen Bemerkungen und kurzer Einzelberatung werden die kommunistischen Anträge zum Teil gegen die Kommunisten, Sozialdemokraten und Völkischen abgelehnt.

Ueber sozialdemokratische Anträge auf gesetzliche Festlegung der Haftbehandlung der Hinterbliebenen und auf Erhöhung der Grundrente wird namentlich abgestimmt. Der erste Antrag wird mit 220 gegen 153 Stimmen bei einer Enthaltung, der zweite mit 221 gegen 157 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Ein völkischer Antrag, der die Schwerbeschädigtenzulage erhöhen will, wird im Hammersprung mit 191 gegen 166 Stimmen abgelehnt.

Abg. Frau Reiche (Soz.)

begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der den Satz von 40 Proz. der Volkrente, den die Vorlage für die Witwe des Berechtigten gibt, auf 50 Proz. erhöhen will. Der Antrag will der Witwe 60 Proz. der Volkrente zusprechen, wenn sie ein Kind zu versorgen oder das 45. Lebensjahr erreicht hat. Wenn die Witwe erwerbsunfähig ist, oder sobald sie das 50. Lebensjahr erreicht hat, soll sie, nach dem sozialdemokratischen Antrag, 80 Proz. der Volkrente erhalten.

Abg. Frau Ansförge (Soz.)

legt sich für einen sozialdemokratischen Antrag ein, der unter besonderen Voraussetzungen den Witwen, die nach dem Gesetz keine Rente erhalten sollen, eine Witwenbeihilfe gewähren will.

Abg. Dietrich-Franken (Döll.) beantragt, die Elternrente aus der „Rente“ in die Ruhevorschrift umzuwandeln. Von sozialdemokratischer Seite wird ein ähnlich gehaltener Antrag befürwortet, der jedoch die „Bedürftigkeit“ voraussetzt. Von Regierungsseite wird gegen die Anträge der Opposition Stellung genommen, weil sie eine unerträgliche finanzielle Mehrbelastung des Reiches erbringen würden.

Die Anträge werden gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen, denen sich in einigen Fällen auch die Demokraten anschließen, mit 191 gegen 166 und mit 197 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

Abg. Dietrich-Franken (Döll.) gibt namens der Völkischen Arbeitsgemeinschaft die Erklärung ab, nachdem die Regierungsparteien die für die Schwerbeschädigten beschiedenen Verbesserungen abgelehnt haben, sei es den Völkischen leider nicht möglich, die für die Offiziere vom Ausschuss beantragte 66proz. Erhöhung der Verrentungszulage anzunehmen, obwohl sie die Erhöhung sachlich für berechtigt halten.

Abg. Gerig (Str.) bezeichnet diese Stellung der Völkischen als ganz unverständlich.

Die Vorlage wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung in zweiter und gleich darauf auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Angenommen wird weiter die von den bürgerlichen Parteien eingebrachte Entschließung, die die Regierung um eine Verbesserung der Renten ersucht, sobald die finanziellen Verhältnisse dies gestatten.

Gegen 10 Uhr abends wird darauf die erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Recht zum Tragen einer Militäruniform fortgesetzt.

Präsident Löbe

leitet die Beratung mit folgender Erklärung ein: Diese Beratung ist am Freitag abend durch Unruhe unterbrochen worden. Die Folge

ist eine Beschwerde der völkischen Fraktion gegen den amtierenden Vizepräsidenten Dr. Bell gewesen, mit der sich der Aeltestenrat beschäftigt hat. Vizepräsident Dr. Bell hat glaubhaft nachgewiesen, daß er bei dem allgemeinen Lärm die einzelnen Bemerkungen des Redners und die Zwischenrufe nicht verstehen konnte. Aus dem Stenogramm ist festzustellen worden,

daß Abg. v. Ramin gefogt hat: „Aber uns als vaterländisch Denkenden ist diese Revolution und diese Republik das Symbol einer elenden Unterwürigkeit gegen den äußeren Feind.“ (Leb. Phil.-Kurs links.)

Die Remitt ist die jetzige Staatsform Deutschlands, während die Monarchie die frühere war. Ich werfe nur die Frage auf, wenn ein Redner früher sich erlaubt hätte, in so würdeloser Weise über die Monarchie zu sprechen, ob er in diesem Hause seine Rede hätte beenden können? (Sehr gut links.) Heute ist es nicht mehr möglich, dem Redner das Wort zu entziehen, ich kann den Abg. v. Ramin jetzt nur noch dafür zur Ordnung rufen. (Beifall.) Der Lärm hat sich gesteigert, als Abg. v. Ramin dann sagte, er sei dabei gewesen, wie ungefähr 30 waffenlose Offiziere umgebracht worden sind. Diese Behauptung ist durch Zurufe bestritten worden. Jedenfalls ist schon jetzt festgestellt, daß er nicht von 30, sondern von 13 Offizieren gesprochen haben will. (Hört, hört! links.) Jedenfalls muß ich wegen der bei dieser Gelegenheit erfolgten Zwischenrufe und Bemerkungen die Abg. Sollmann, Grafmann, Kirchmann und Müller-Franken zur Ordnung rufen. Der Abg. v. Ramin hat darauf dem Abg. Sollmann gesagt: „Sie Jammerklappen, wenn Sie morgen ohne den Schutz der Immunität mir gegenüberstünden, würde ich mit der Waffe in der Hand anders mit Ihnen reden!“ Ich kann darin nichts anderes sehen als die

Bedrohung mit dem Tokschlag gegen einen Abgeordneten. Hätte ich als Präsident diese Bemerkung gehört, ich würde den Abg. v. Ramin aus dem Saale gewiesen haben. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. v. Ramin (Döll.) legt hierauf seine am Freitag abgebrochene Rede fort. Er erklärt, er habe bei dem geschiederten Vorgang in Steglitz ein Postauto gesehen, das mit uniformierten Leuten besetzt war und von zwei bewaffneten Leuten geführt war. Dieses Auto, so erklärt der Redner, fuhr ab und bald darauf verbreitete sich das Gerücht, sämtliche darauf befindliche Leute wären erschossen worden. (Zurufe links: Gerücht? — vorher wollten Sie selbst dabei gewesen sein!) Ich sah dann das Auto in der Kolonnenstraße, vor einer dichten Menschenmenge umgeben. Daneben lag eine gräßlich verstümmelte Leiche. Von den Zuschauern wurde mir gesagt, es wären sämtliche in dem Auto befindlichen Leute erschlagen worden. (Rufe links: Dann waren Sie selbst also doch nicht dabei!) Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) ruft: „Er hat schon wieder gelogen!“ und erhält dafür einen Ordnungsruf. Ich habe zwei Leute gefunden, die dabei gewesen sind. Die haben uns bestätigt, daß sie schwer verletzt worden sind und monatelang im Krankenhaus gelegen haben. Die beiden Herren sind leider gleich zu Anfang mit schwerer Verletzung liegen geblieben und können deshalb nicht gehen oder sagen, wieviele Herren erschlagen worden sind. In der Presse stand aber, daß es dreizehn gewesen sind. Ein amtliche Untersuchung des Vorgangs hat leider nicht stattgefunden (hört, rechts), hofentlich wird sie jetzt nachgeholt. Der Abg. Ruhnert hat hier eine solche Hezrede gehalten, wird als unfähiger Vandalendrescher und Schwandruher bezichtigt von seinem eigenen Parteigenossen Roste, in dessen Buch „Von Kiel bis Rapp“. (Beifall und lautes Gelächter rechts.)

Abg. Beueninghaus (D. Vp.) legt schärfste Verwahrung ein gegen die Rede des Abg. Ruhnert.

Nachdem noch der Abg. Riedel (Komm.) sich in scharfer Weise gegen die Vorlage ausgesprochen hat, vertagt sich auf Antrag des Abg. Dr. Haas (Dem.) gegen 11 Uhr nachts das Schwachbesetzhaus auf Mittwoch 24 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die außenpolitische Aussprache mit den dazu gestellten Anträgen und Interpellationen.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Heute außenpolitische Debatte, Zollberatung unbestimmt.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich gestern wiederum mit dem Geschäftsplan. Es wurde daran festgehalten, daß am Mittwoch und Donnerstag die außenpolitische Debatte stattfinden soll. Daran soll sich noch die dritte Lesung des Personalabzugsgesetzes schließen. Sodann wurde in Aussicht genommen, daß am Freitag mit der zweiten Lesung der Steuer-gesetze begonnen wird, falls bis dahin die Ausschussberatungen zum Abschluß gelangt sind. Der Aeltestenrat wird sich am Donnerstag von neuem versammeln, um darüber zu beschließen. Ueber das Schicksal der Zollvorlage und den voraussichtlichen Abschluß der Tagung vor den Sommerferien ist gestern nicht gesprochen worden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat gestern unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Müller-Franken (Soz.) zu einer Sitzung zusammen. Bei Beginn der Sitzung war von der Reichsregierung der Außenminister Dr. Stresemann, begleitet von den Staatssekretären v. Schubert und Trendelenburg, anwesend. Die Verhandlungen wurden, wie üblich, von Darlegungen des Außenministers eingeleitet. Auf der Tagesordnung stand das vorläufige Handelsabkommen mit Griechenland und mit der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion, die deutsch-französischen Handelsbeziehungen, die Begriffsbestimmungen für Luftfahrzeuge und der Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag mit Schweden und Finnland. Das vorläufige Handelsabkommen mit Griechenland wurde nach kurzer Begründung durch den Reichsaußenminister dem handelspolitischen Ausschuss des Reichstages überwiefen. Es folgte die Beratung über das vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion, zu dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Ministerialdirektor Dr. Ritter vom Auswärtigen Amt Erläuterungen gaben. Die Diskussion, an der sich die Abg. Dr. Schöner (D. Vp.), Dr. Rosenberg (Komm.), Dr. Dernburg (Dem.), v. Uedeiner-Wildau (Dnat.) und Dr. Breitheid (Soz.) beteiligten, führte zur Annahme folgender Entschließung:

„Die Reichsregierung wird ersucht, mit der belgischen Regierung nachmals in Verhandlungen wegen Beseitigung aller für Deutsche in der belgischen Kongo-Kolonie und in den von Belgien in Afrika verwalteten Gebieten bestehenden Diskriminierungen einzutreten.“

Das Handelsabkommen selbst wurde ebenfalls dem handelspolitischen Ausschuss des Reichstags zur Weiterbehandlung überwiesen. Rummehr wandte sich der Ausschuss der Beratung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen zu. Staatssekretär Dr. Trendelenburg berichtete über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen und über die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 11. Juli 1923 betreffend den Waren Austausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Die weitere Aussprache hierüber wurde auf Donnerstag vertagt.

Für Oesterreichs Anschluß.

Eine deutschösterreichische Wirtschaftskundgebung.

Der Wirtschaftsausschuß der österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaft hat eine Enquete über das österreichische Wirtschaftswesen veranstaltet, deren Ergebnis jetzt in Form einer Denkschrift vorliegt. In der Redaktion dieser Denkschrift sind zusammen mit anderen Vertretern wirtschaftlicher Organisationen u. a. auch Vertreter der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte beteiligt gewesen. In den wichtigsten Sätzen ist ihr Inhalt der folgende:

Die Denkschrift gibt zunächst einen Überblick über die Rohstoffreichümer des alten Oesterreich-Ungarn und die um diese Rohstoffe sich gruppierenden Industrien. Die alte Monarchie war ein autarkes Wirtschaftsgebiet. Es ernährte sich selbst und versorgte seine Industrie mit allen wichtigen Rohstoffen, soweit sie nicht überseeischer Herkunft waren. Die Aufstellung der Monarchie in mehrere Staaten hat auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge keinerlei Rücksicht genommen. Infolgedessen verfügte jeder dieser Staaten nur über einen teilschweren Wirtschaftsausschuß, dessen Ergänzung jenseits der Grenze lag. Weit aus am kompliziertesten lagen die Dinge für Deutsch-Oesterreich. Hier blieb eine zentralistisch im Osten gelegene 2-Millionen-Stadt übrig, von der sich ebenso zentralistisch durch das südliche Niederösterreich und die Steiermark eine beträchtliche Industrie hinzog, während der ganze sich nach dem Westen erstreckende Länderkomplex dünn besiedelt, zum Teil durch Hochgebirge unzugänglich, mit geringer industrieller Tätigkeit fruchtlich vielmehr zu den nördlichen und südlichen Nachbarn als zu Wien und seiner industriellen Nachbarschaft produzierte. Der Wirtschaftsausschuß der Deutsch-Oesterreich verlebte, beruhte im wesentlichen auf drei starken Pfeilern: auf dem Eisen, auf dem Holz und auf den Kulturbedürfnissen der Großstadt. Besonders stark entwickelt waren diejenigen Industriezweige, die von öffentlichen Aufträgen abhängig waren.

Das Streben der Nachfolgestaaten war vom ersten Tage ihres Bestehens darauf gerichtet, ihre politische Selbständigkeit durch wirtschaftliche Selbstständigkeit zu ergänzen. Zu diesem Zwecke dienten Zollmauern und Einfuhrverbote. Wie immer aber auch die Zölle in der Tschechoslowakei, in Italien, Ungarn, Südbanien, Rumänien und Polen festgesetzt sein mögen, es ist bei der heutigen machtpolitischen Einstellung der europäischen Staaten völlig ausgeschlossen, daß damit ein wirklich freier wirtschaftlicher Verkehr hergestellt werden könnte.

Die Denkschrift weist eingehend darauf hin, daß die Hoffnungen, die man auf den Ausbau Wiens als Finanz- und Handelszentrum vielfach setzt, sich nicht verwirklichen können, da es noch nie ein Finanzzentrum gegeben hat, das es nicht aus eigener Kapitalkraft war. Eingehend wird die schwierige Lage des Bankgewerbes und des Großhandels geschildert. Bedinglich im Textilhandel und im Getreidehandel hat Wien auch für die Nachfolgestaaten seine beherrschende Stellung behauptet.

Aber auch die Grundlage für das spezifische Wiener Quali-

tätsgewerbe und Qualitätsbewertwerk im weitesten Sinne, ist durch den Zusammenbruch des alten Reiches erschüttert und verengt worden. Diese Erwerbszweige konnten nur in Jahrhunderten allmählich von einem Gemeinwesen zur Blüte gebracht werden, in dem Hof, Diplomatie, Armees, Bureaurokratie und ein reiches Bürgertum Kulturtraditionen schufen und einen ständigen Qualitäts- und Luxusverbrauch entfalteten. Das Jahr 1924 hat die schwerste Krise über das Konfektionsgewerbe, das Kunsthandwerk, Juweliers, Theater, Buchhandel usw. gebracht. Hieron werden in Wien allein 150-200 000 Menschen betroffen.

Ein trauriges Bild der Verarmung führt die Denkschrift vor Augen:

„Während bis zum Jahre 1918 in Wien die Aktienmehrheit fast aller großen tschechoslowakischen Eisenwerke, Maschinenfabriken, Textilfabriken, Zuderfabriken, der großen galizischen Petroleumgruben und Raffinerien, der Triester Schiffahrtsgesellschaften und Werften war, ist Oesterreich nachweisbar fast aus all diesen Rechtsstellungen verdrängt und darüber hinaus die Aktienmehrheit oder wenigstens große Beteiligungen der Wiener Großbanken und der maßgebenden österreichischen Industrieunternehmungen in das Ausland abgewandert.

Als die markantesten Beispiele für diesen Prozeß der Kapitalverarmung seien nur erwähnt: Skodaerwerke, Prager Eisenindustrie, Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, Böhler-Hütte, Erste Brünnler Maschinenfabrik, die Ledlacher Zuderfabriken, Kaiserliche chemischer Verein, Cosmanns Textilfabriken, Königshofer Zementfabrik, Triester Lloyd, Cosulich, Stabilimento Tecnico, Krainische Industrie-Gesellschaft und viele andere, deren Aktienmajorität bis 1918 nachweisbar in österreichischem Besitz war, wie sie jetzt nachweisbar in französischem, tschechischem, italienischem Besitz ist. Darüber hinaus sind, wie erwähnt, große Teile der deutsch-österreichischen Wirtschaft selbst ausländischen Besitz geworden. Die Anglo-Bank ist englich, die Bänderbank französisch geworden. Von anderen Großbanken sind bis zu 50 Proz. des Aktienkapitals bei ausländischen Gruppen landiert.“

Von den maßgebenden österreichischen Industrieunternehmungen ist die Aktienmehrheit der Alpen Montange-Gesellschaft, der mit Fellen und Guischaume L.G., der Böhler-Werke, der U.C.G. Union und der Siemens-Schuckert-Werke in deutschem Besitz, an den Völscher Magnesiumwerken ist Schweizer-Kreuz abgehend beteiligt.

Die Denkschrift kommt zum Schluß, daß die Herstellung eines großen wirtschaftlichen Inlandsmarktes nur dort denkbar ist, wo die Herstellung einer politisch-staatlichen Gemeinschaft möglich ist. Es ist offenbar, daß dies nur durch den Anschluß an Deutschland erreichbar wird. Abschließend wird eine umfangreiche Aufstellung aller derjenigen wirtschaftlichen Vorteile gegeben, die sich die Verfasser vom Anschluß an Deutschland versprechen. Auch denjenigen Kreisen wird mit gewichtigen Argumenten entgegengetreten, die bei einer Vereinigung mit Deutschland die überlegene Konkurrenz der deutschen Industrie fürchten.

von Wehr, solange aber die Einfuhr von Wehr nicht wesentlich die gegenwärtige Menge von etwa 9 Proz. derjenigen Menge übersteigt, die im Inlande gewonnen wird, ist sie zu gering, als daß die deutsche Mühlenindustrie deswegen eines besonderen Schutzes bedürfte. Die Menge von 9 Proz. ist auch zu gering, als daß durch den Kleinausfall bei der Vermahlung die deutsche Viehhaltung ernstlich beeinträchtigt werden könnte.“ Ueber die Preisfrage urteilt Hermann wie folgt: „Der Wunsch auf Wiedereinführung der Zölle zielt nur auf eine Erhöhung des Inlandspreiseniveaus hin. Die Annahme der Reichsregierung, daß bei Intrafretren der Zölle das Ausland einen Teil des Zollbetrages durch Preisermäßigung trägt, ist nicht als zutreffend anzusehen, sondern es steht in sicherer Aussicht, daß die ganze Last der Zölle der deutsche Verbraucher zu tragen hätte. Die Steigerung der Preise hätte natürlich eine Lohnsteigerung zur Folge, die wiederum ein Steigen sämtlicher Inlandsprodukte herbeiführen würde. Die Landwirtschaft hätte wie die gesamte deutsche Wirtschaft ihre Geräte und Inlandsrohstoffe teurer zu bezahlen, die Hilfe durch die Preiserhöhung ihrer Erzeugnisse würde durch die erhöhten Unkosten für Löhne und Betriebsmittel wettgemacht. Die bekannte Schraube ohne Ende läuft wieder mit ihrer unseligen Bewegung an. Welche ernste Gefahr diese Umstände weiter für unsere Ausfuhr und Stabilität der Währung heraufbeschwören würde, brauche ich wohl hier in den Kreisen so bewährter Wirtschaftler nicht weiter auszuführen. Der deutsche Nahrungsmittel-Großhandel“, so schließt der Verfasser, „lehnt daher, wie die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und die Verbraucherschaft, die Einführung von Zöllen auf Getreide ab. Ebenso widersprechen wir der Wiedereinführung eines Zolles auf Reis und Hülsenfrüchte.“

Preußen erwirbt Aktien der R. W. G. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, hat der Preussische Staat durch Erwerb des Stinneschen Anteils bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken maßgebenden Einfluß gewonnen. Der Erwerb der Aktien ist aus den Mitteln erfolgt, die dem preussischen Staat vor einiger Zeit vom Reiche als Entschädigung für infolge des Friedensvertrages verloren gegangenes Staatsvermögen überwiesen wurden. Es war von Anfang an beabsichtigt, diese Beträge wieder in werbenden Anlagen für den Staat anzulegen. Die Beteiligung an den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken scheint vor allem deshalb geeignet, weil es dem Rheinland, das unter den Folgen des Friedensvertrages besonders zu leiden hat, ein erheblicher Teil jener Mittel zugeführt werden kann. Außerdem sprach für die Beteiligung, daß eine Verstärkung der elektromotorkraftlichen Interessen des Staates in den westlichen Provinzen und die Herbeiführung eines engeren Zusammenarbeitens mit den staatlichen Elektrizitätswerken, namentlich Hannover, erwünscht war.

Zur Umstellung in der Waggonindustrie. Die kaum nennenswerte Ausdehnung der Güterbeförderung, die Vermehrung der Waggonbauanstalten und die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit in der Kriegszeit sowie die durch die Reparationsverpflichtungen erzwungene Zurückhaltung der Reichsbahngesellschaft mit Waggonaufträgen sind die bekannten Ursachen der schwierigen Lage der Waggonindustrie und der Notwendigkeit ihrer betrieblichen Umstellung. Wie stark diese Notwendigkeit ist, dafür ist der Geschäftsbericht der Eisenbahn-Verkehrsmittel L.G. Berlin ein beachtenswertes Symptom. Der Waggonbau spielt bei dieser Firma nur eine Nebenrolle in dem Sinne, daß sie in ihrer 1917 erworbenen Bismarck-Fabrik zwar Waggonen baut und ihren Berg-dorfer Werken Waggonen repariert, daß aber das Hauptgeschäft im Vermieten von Güterwagen und Bierwaggonen, Kessel- und Kühlwagen besteht, aus dem von selbst erhebliche Wagenbauten und Reparaturen anfallen. Dennoch konnte auch die Verkehrs-L.G. nicht umhin, ihre Werke zum Teil auf neue Bauzweige, insbesondere von Karosserien für Motoromnibusse und Lieferwagen umzustellen. Das Vermietungsgeschäft, das kein besonderes Risiko in sich schließt, dürfte auch die Hauptquelle der immerhin beachtlichen Gewinne sein, die die Gesellschaft erzielen konnte. Diese beachtlichen sind nicht auf die 8 Proz. Dividende, die auf die 5,2 Millionen Aktienkapital verteilt werden und auf die beträchtlichen (30 Proz.) Abschreibungen von annähernd 500 000 M. auf 1,4 Millionen Anlagevermögen. (Die Abschreibungen auf den Wagenpark von 7 1/2 Millionen erfolgen auf einem Waggonerneuerungsfonds 4,8 Millionen) besonders. Man wird annehmen dürfen, daß die Waggonbau- und reparaturbetriebe Zuschüsse erforderten, die über Betrieb, also aus dem Gewinn gedeckt werden konnten. Wenigstens lassen die außerordentlich geringen Zinskosten und die in Wertpapieren angelegten erheblichen flüssigen Mittel darauf schließen, daß die Inanspruchnahme von Umstellungskrediten nicht notwendig geworden ist.

Bauern als Spareer und Kreditnehmer.

Die landwirtschaftlichen Spar- und Kreditgenossenschaften, die als wertvolle Organisationen des bäuerlichen Klein- und Mittelstandes eine sehr große Bedeutung erlangt haben, stellen, soweit sie im rheinischen Revisionsverband des Generalverbandes der Deutschen Raiffeisen-Genossenschaften zusammengefaßt sind, am 14. Juli in Koblenz eine Vertreterversammlung ab. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß die Zahl der dem Revisionsverband angeschlossenen Genossenschaften von Anfang bis Ende des Jahres 1924 von 661 auf 683 stieg. Die Zahl der speziellen Spar- und Darlehensstellen vermehrte sich in derselben Zeit von 520 auf 582. Die Umsätze der Raiffeisenbank in Koblenz haben im vergangenen Jahre 391 Millionen Mark betragen. Die Schulden der Vereine werden für Ende 1924 auf 3,3 Millionen Mark bei der Zentralbank angegeben. Von Anfang bis Ende des vergangenen Jahres stiegen die Spareinlagen bei den rheinischen Vereinen von 48.000 M. auf 2.417 000 M. Das bedeutet eine kräftige Erholung, wenn auch im Vergleich zu Vortriessverhältnissen noch immer eine minimale Summe. Pro Kopf der Vereinsmitglieder stiegen die Spargelder von 30 Pfennig am Anfang des Jahres auf 39 M. am Ende des Jahres.

Wenn man bedenkt, daß im Rheinlande eine besonders rasche Immobilisierung des agraren Vertriebskapitals im Verlauf der Inflation stattgefunden hat (für dieses Faktum zeugt der Lagenschein in jeder Gegend des Gebietes!), so erscheint die Lage des rheinischen Bauernstandes im Rahmen des Raiffeisen-Berichtes durchaus nicht schlecht. Die Verschuldung der Vereine, die als Kreditgeber an die Genossenschaftler und als Verwalter von deren Spargeldern tätig sind, ist nur gering, ein Umstand, der gewisse Rückschlüsse auf die finanzielle Lage der Mitglieder erlaubt. Die Zunahme der Spargelder ist doch recht beträchtlich; bald zweieinhalb Millionen Mark Spargeldzuwachs in einem angeblich besonders schlechten Jahre sind nicht als unwesentlich zu betrachten. Deshalb sagt die rheinische Landwirtschaft unter Führung des Zentrumsführers Loe doch Stein und Bein.

Gründung eines Arbeitsausschusses für Handelspolitik. In Berlin ist die Gründung eines Arbeitsausschusses für Handelspolitik erfolgt, der sich die Abwehr hochschützlicher Tendenzen zur Aufgabe gemacht hat und in der öffentlichen Meinung eine breite Basis sowohl zur Klärung und Diskussion handels- und zollpolitischer Fragen als auch zur Beeinflussung der handels- und zollpolitischen Entscheidungen schaffen will. Außer der unmittelbaren Einflussnahme auf die Gestaltung der gegenwärtigen Zollvorlage, für die die Gründung leider etwas spät erfolgt ist, hat sich der Ausschuss zur ständigen Aufgabe gesetzt, die Diskussion der handels- und zollpolitischen Fragen auch in der Zukunft in Fluß zu halten. Hinter der Gründung stehen in der Hauptsache Reichspolitischen Organisationen maßgebender Verbände des Handels und der Konsumindustrien, die von der Gefährlichkeit der gegenwärtigen Schutzollabsichten der Großhändler und Schwerindustriellen überzeugt, die Einsicht in die Bedeutung der zoll- und handelspolitischen Zusammenhänge in die weitesten Kreise tragen will. Man wird diese Gründung nur begrüßen und ihr vollen Erfolg wünschen dürfen. Eine wesentliche Bedingung für einen nachhaltigen Erfolg wäre es allerdings, wenn es dem Arbeitsausschuß gelingen würde, nicht nur zu agitieren, sondern auch in brauchbaren Darstellungen das umfangreiche Tatsachen- und Erfahrungsmaterial, das in den Archiven der Spitzen- und Unterverbände schon liegt oder in der Zukunft gesammelt werden wird, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Eine erste große öffentliche Veranstaltung soll bereits in dieser Woche stattfinden.

Der deutsche Nahrungsmittelgroßhandel gegen die Zollvorlage. In seinem Verbandsorgan wendet sich der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Reichsverbandes des Nahrungsmittelgroßhandels, Wilhelm Heemann, mit aller Schärfe gegen die Zollvorlage. Auch er weist nach, daß zur Deckung unseres Brotgetreides und Weizenbedarfes Einfuhr unumgänglich notwendig ist und daß durch die Einfuhrverbote und Zölle, welche die Einfuhr erschweren, die Ernährung gefährdet wird. „Grundsätzlich wünschenswert ist“, so schreibt Hermann wörtlich, „die Einfuhr von Getreide, nicht die

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind
Berlin S. M. 62, Einblendstraße 1.
Nets an das Bezirkssekretariat,
L. Hof, 1. Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis Mitte, Berlin, Mittwoch, abends 8 Uhr. Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes bei Köpcke, Köpcke 1. (am Rosenplatz). Jede Abwesenheit muß unbedingt entschuldigt sein. Die Delegierten zum Parteitag sind ebenfalls eingeladen.
2. Kreis Wedding, Berlin, Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr. Sitzung der Arbeitervorbereitung, Arbeiterklub, Kommunale Kommission, Vertreter der Jungsozialisten und Arbeiterklub, Köpcke 1, Zimmer 122/123, 1. Etz.
3. Kreis Mitte, Berlin, Mittwoch, 17 Uhr. Mittelschüler-Versammlung an bekannter Stelle. Vortrag des Gen. Kompart über „1925“.
4. Kreis Mitte, Berlin, Freitag, abends 8 Uhr, im Schweizer Hauschen, Oranienburger Str. 100. „Freiheitliche Bewegung“.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

91. Wdt. Kraßha. Unter altem Parteimitglied, Genosse Josef Grob, Wilmannsstr. 13, ist verstorben. Die Einäschung findet am Donnerstag 12 Uhr Baumhainweg statt. Beileidnahme erbeten!

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 22. Juli 7 1/2 Uhr:
Köllenerberg, Am Köllenerberg 117. Vortrag: „Schulpolitik“ — Friedrichshagen, Schornmühlstr. 106a. Vortrag: „Kampfung“ — Friedrichshagen, Dittelmühlstr. 67. Lichtbildvortrag: „Die Arbeiterpartei“ — Köpenickerberg, Köpenickerberg Str. 66. Vortrag: „Von unseren Tugenden“ — Wedding, Kugelstr. 50. Vortrag: „Sind wir wirklich Genossenschaftsmitglieder?“

Mittwoch, den 22., und Mittwoch, den 23. Juli:
Köllenerberg, Köpenickerberg Str. 66. Vortrag: „Sind wir wirklich Genossenschaftsmitglieder?“

Verbelegte Oberpost, Donnerstag, den 23. Juli, 7 1/2 Uhr, im Jüdenbäumchen, Köpenickerberg Str. 3: Verbelegte-Delegiertenkonferenz.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaftliche: Berlin S. 14, Schönhaarderstr. 37/38. Hof 2. Etz.
Gemeinschaft zum republikanischen Loos in Mittelamerika am Sonntag, den 24. Juli, beginnen die Kameraden der 3. und 4. 7.40 Uhr von Köpenickerberg nach dem Rindenschloß. Von dort fuhrmäßig eine Stunde am Kanal entlang. Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt 1 M. Die Berliner Kameraden des Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“... (Text continues with detailed program for Reichsbanner meetings, including dates, locations, and topics like „Die Arbeiterpartei“, „Schulpolitik“, etc.)

Arbeiter-sport.

Achtung, Vereinsvorstände!

Die Sportredaktion des „Vorwärts“ bittet die Vorstände der Arbeitersportvereine dringend, in den Zukunftsreisen an die Redaktion die Namen der Vereine nicht abgekürzt, sondern voll ausgeschrieben anzugeben. Neben den Sportvereinen, die sich untereinander kennen, sollten auch Nichtsportler erfahren, mit welchem Verein sie es bei den Veranstaltungen zu tun haben.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Dienstag, den 21. Juli.

1. Rennen 1. Antares (W. Reimer), 2. Wäldchen (H. Grube), 3. Corona (R. Kimm), 4. (Weidner jr.), Tot: 157:10. Pl.: 17, 18, 21:10. Ferner liefen: Darmstadt, Simpel, Bernerle (als 4. disqualifiziert), Polka, Gay Schild (angefallen ohne Wetten), Malca.
2. Rennen 1. Cadrat (Ch. Hill), 2. Tannica (H. Treuberg), 3. Herostalt (Hedert), Tot: 21:10. Pl.: 12, 12:11:10. Ferner liefen: Erdbrunn jr., Kofsmir, Langmacher, Str. Carl, Friedberg, Karla.
3. Rennen 1. Dreifaltigkeit (Ch. Hill), 2. Cenera (Nash jr.), 3. Delos (H. Schmidt), Tot: 21:10. Pl.: 12, 12:10. Ferner liefen: Coriolanus, Rometto, Wood Boy, Zinkott jr., Sylvia Stent, Siegfried.
4. Rennen 1. Klug (Klein), 2. Luma (H. Bauer), 3. Oweffa (Kritzing), Tot: 60:10. Pl.: 26, 26:17:10. Ferner liefen: Diagonale, Ernst Hölzerhomer, Märchen II., Distanz, Leger, Koblamer, Gallaß, Karmel, Union II., Droschke, Caspary II., Unheil (ohne Wetten).
5. Rennen 1. Paula II. (H. Fimm), 2. Haminas (Ch. Hill), 3. Trimus (H. Treuberg), Tot: 16:10. Pl.: 10, 10:10. Ferner lief: Königshaber.
6. Rennen 1. Crassus (H. Schmidt), 2. Renston (H. Ringhuf), 3. Heiman (H. Hill), Tot: 107:10. Pl.: 30, 39, 43:10. Ferner liefen: Frankstein, Nestles jr., Gabriel Hoppert, Blamie, Königstein, Gabia, Baron Agnoro, Radhak, Annahon, Ransfch.
7. Rennen 1. Rometto (H. Hill), 2. Fichtung (H. Schröder), 3. Garuda II. (H. Hill), Tot: 29:10. Pl.: 16, 22, 23:10. Ferner liefen: Kilmart, Dunajec, Baron Kuschka, Baron Guller, Rinder, Feuerleil, als 3. disqual., 80 Proz. der Wagnemittel zurück, Hengstling, Polart, Karla.
8. Rennen 1. Koble (Nash jr.), 2. Vogrey (H. Hill), 3. Joll (H. Fimm), Tot: 14:10. Pl.: 14, 27:10. Ferner lief: Klarla.
9. Rennen 1. Etarhalla (Ch. Hill), 2. Copal (H. Schmidt), 3. Hebering I (H. Hill), Tot: 10:10. 3. Helan.